Nr. 268 — Jahrgang 12 Einzelnummer 0,20 Zl. Dienstag, den 22. November 1927

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zlp. Anzeigen unter Text 0.50 Zlp. von außerhalb 0.60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 30. 11. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4.00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto: P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Die Juden als Retter

Je näher wir dem Ende der Sejmperiode rücken und damit Neuwahlen wahrscheinlicher werden, um so nervöser gebärdet sich die Regierungspresse, die es nicht begreifen kann, daß die Gegner des gegenwärtigen Kabinettskurses gleichfalls zur Abrechnung rüsten. Besonders der Minderheitenbewegung wird ein großes Augenmerk geschenkt, um den Nationalstaatgedanken zu retten. Zu diesem Zweck ist es der Regierungspresse höchst gleichgiltig, wo sie die Freunde wirbt, um nur zu beweisen, daß die gegenwärtige Regierung auch bei den Minderheiten auf Anhang rechnen kann. Sie hat zwar nichts zu vermelden, wo die Regierung sich wirklich um die Lösung der Minderheitsfragen bemüht hat, entdeckt aber plötzlich die Juden, die es doch unter Pilsudskis Regime besser haben sollen, als zu Grabskis und Witos Zeiten, wenn auch diese schon geneigt waren, sich für ihren Kurs die Freundschaft der Juden zu sichern. Und das Nachgeben des jüdischen Führers Reich gegenüber Grabski hat zur zeitweiligen Sprengung im jüdischen Klub geführt und nun scheint die Regierung durch ihre Presse diesen Riß fortsetzen zu wollen und wirbt eifrig um die jüdischen Orthodoxen, um sie von der Teilnahme an einem kommenden Minderheitenblock zu hindern, indem man auf das Entgegenkommen hinweist, welches die Juden durch die Regierung genießen. Zwar sind es nur rein staatsbürgerliche Rechte, die ihnen schon durch die Verfassung garantiert sind, die aber nach Meinung der Regierungspresse erhöhte Bedeutung erlangen, nachdem man sie teilweise in der Praxis verwirklicht. Die breiten jüdischen Massen sehen zwar auch heute noch nichts von der sogenannten Gleichberechtigung aller Bürger des polnischen Staates, hingegen erhalten einige Juden der besitzenden Stände Konzessionen dieser und jener Art und die Regierungspresse erinnert sie in aller Freundlichkeit, daß man dies nicht umsonst fordern könne, sondern auch ein gewisses Entgegenkommen der Regierung gegenüber zu beweisen habe und das ist, sie im Wahlkampf zu unterstützen, eine polnisch-nationale Mehrheit zu erlangen, wenn es auch mit jüdischen Stimmen ist.

Man wird kaum behaupten wollen, daß die gegenwärtige Regierung für die Juden Polens besondere Sympathien aufgebracht hat. Aber Wahlzeiten pflegen sonderbare Früchte zu zeitigen und warum soll man da auch nicht ein jüdisch-freundliches Herz entdecken, wenn man sie mit irgend einer regierungstreuen Liste für den polnischen Nationalstaatsgedanken ergattern kann. Und es scheint, daß man in Ostgalizien und in Kleinpolen mit Erfolg an dieses Werben um den jüdischen Einfluß herangeht, jedenfalls gewinnt es immer mehr den Eindruck, daß die Juden sich nicht geschlossen an einem Minderheitenblock beteiligen werden. Es soll hier nicht untersucht werden, welche Umstände zu der Spaltung geführt haben. Sie ist in erster Linie in Ostgalizien zu suchen, und unter den Orthodoxen kam auch noch der Prozeß Schwarzbardt dazu, um sie von der Teilnahme an gemeinsamen Kämpfen mit den ukrainischen Minderheiten abzustoßen. Dieser Pariser Prozeß hat seine Nachwirkungen in Polen und es ist durchaus verständlich, wenn die Regierung diese Gelegenheit benutzt, um die orthodoxe Judenschaft, und besonders den Einfluß der Rabbiner, für sich bei den kommenden Wahlen auszunutzen versucht. Es genügt ja ein Wink, um auf frühere Pogrome hinzuweisen und den Juden noch deutlicher klar zu machen, was sie zu erwarten haben, wenn sie sich etwa an die sogenannten antistaatlichen Bestrebungen der Minderheiten anschließen. Im Regierungsorgan der „Epoka“ ergreift auch der Führer der jüdischen Orthodoxen, Kirschbaum, das Wort, um nachzuweisen, wie notwendig es ist, gerade bei den kommenden Wahlen die loyale Haltung der Judenschaft gegenüber dem polnischen Staat hervorzuheben. Diese Loyalitätserklärung wird zwar nicht verhindern, daß hier und da doch einem Juden noch am Bart gerupft und er nicht als vollwertiger Bürger betrachtet wird, wenn nur die Führer dabei bei den Behörden besseres Entgegenkommen finden; die Judenschaft in ihrer Gemeinschaft als Stimmvieh, mag sich mit den Erfolgen der besitzenden Stände begnügen.

Die letzte Entscheidung bezüglich der Beteiligung der Juden an den Wahlen ist noch nicht gefallen. Die Bemühungen der Orthodoxen gehen dahin, sich an einem Block zu beteiligen, der regierungstreu ist, eine andere Richtung will erst die Entscheidung treffen, ob ein besonderer jüdischer Block geschaffen werden soll, eine dritte zionistische Richtung wird am Minderheitenblock teilnehmen. Die sozialistisch-jüdischen Gruppen planen eine Beteiligung an einem sozialistischen Minderheitenwahlblock, der nach allen bisherigen Erfahrungen kaum Wirklichkeit werden dürfte, und diese Zersplitterung innerhalb der jüdischen Minderheit ist es, die der Regierung im Werben um die Juden einigen Erfolg verspricht und bestimmt dazu führen wird, daß die Juden sich nicht wie bisher am Minderheitenblock beteiligen werden, wenigstens nicht in der Geschlossenheit wie es 1922 der Fall war, wo nur der sozialistische „Bund“ dem Minderheitenblock fern blieb. Wenn es auch der Regierung gelingen sollte, die Orthodoxen für sich zu gewinnen, so sind die früheren Fehler der Regierung so gewaltig, daß man auch hier erst sichere Zugeständnisse wird haben wollen ehe man sich der Regierung verschreibt. Aber in der Not sind auch die Juden als Staatsretter für die Sanatoren zu gebrauchen. —ll.

Die Revision der Friedensverträge

Garvin gegen Lloyd Georges — Die Gefahren für den Völkerbund — Nur keine Verstimmung unter den neuen Staaten

London. Das Bedürfnis zur Reform des Versailler Vertrages, das in letzter Zeit mit besonderem Nachdruck von Lloyd George und Lord Rothermere unterstrichen wurde, gibt Garvin Anlaß zu einem ausführlichem Artikel im „Observer“. Garvin gibt Lloyd George den Rat, nur in positivem Sinne für eine Revision der Friedensverträge zu kämpfen. Nur derjenige, der feste und zweckmäßige Vorschläge für eine Aenderung der Verträge machen könne, habe ein Recht für eine Reform einzutreten. Eine Auseinandersetzung über weitgehende Reform der Friedensverträge und Aenderungsbegrenzung bringe die Gefahr eines Zusammenbruches des Völkerbundes nur allzu nahe. Das Problem sei das schwierigste von allen, denen sich Europa in seiner ganzen Geschichte bisher gegenüber gesehen habe. Garvin stellt fest, daß Lloyd George, wenn er selbst an der Macht säße, nicht auch dieses Problem verwirklicht hätte.

Bei aller Sympathie für die kleinen Völker und namentlich auch für Ungarn müsse den Ländern vom baltischen Meerbusen bis zum schwarzen Meer der Rat gegeben werden, erst unter sich selbst Einigkeit zu schaffen, da ohne diese Einigkeit ihnen von außen her nicht geholfen werden könne. Das gelte besonders auch für Ungarn, bei aller Sympathie, die man im übrigen mit seinem Schicksal habe. Ganz besonderes Gewicht legt Garvin aber darauf, daß durch die Haltung Lloyd Georges und auch Lord Rothermeres gegenüber Ungarn und Italien Verstimmungen bei anderen Ländern der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien hervorgerufen werden, durch die die Möglichkeit einer nutzbringenden Reform nicht gefördert werde. Geradezu unsinnig sei es aber, wenn Lloyd George den französischen Ministerpräsidenten angreife, mit dem man keine persönliche Sympathie zu haben brauche, dessen Verdienste um die Stabilisierung des Franken aber jedermann anerkenne. Die Wiederholung der schlechten Beziehungen zwischen England und Frankreich, die während der Amtszeit Lloyd Georges bestanden, und die erst Macdonald in mühevoller Arbeit beseitigt habe, liege nicht im Interesse einer Revision der Friedensverträge und zu guterletzt nicht im Interesse Deutschlands.

Die tschechisch-deutschen Beziehungen

Dr. Benesch über seine Außenpolitik

Wien. Die „Neue Freie Presse“ veröffentlicht eine Unterredung ihres Prager Mitarbeiters mit dem tschechoslowakischen Minister des Aeußeren Dr. Benesch, in der dieser sich u. a. über das Verhältnis der Tschechoslowakei zu Deutschland äußerte. Die Tschechoslowakei sehne, so führte der Minister u. a. aus, die internationale Abrüstung aufrichtig herbei. Die Tschechoslowakei brauche den Frieden, den die Abrüstung gewähren solle, zu ihrer Konsolidierung und Entwicklung. Zum Glück lebe die Tschechoslowakei in vollem Frieden. Namentlich ihr Verhältnis zu Deutschland sei ausgezeichnet. Es sei ganz falsch anzunehmen, daß die Tschechoslowakei den Ehrgeiz habe, Deutschlands Stellung auf dem Kontinent zu paralysieren. Der Minister gab weiter der festen Ueberzeugung Ausdruck, daß sich auch in Zukunft eine Schwierigkeit zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei nicht ergeben werde. Zur Anschlußfrage erklärte der Minister: „Der Anschluß ist nicht aktuell, aber um doch persönlich zu schließen, der europäische Verständigungsgedanke marschiert. Der Ausgang der nächsten Wahlen der großen Staaten wird es beweisen.“

*

Prag. Im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses sprach Außenminister Dr. Benesch über außenpolitische Fragen. Er führte aus, daß er immer die Politik des Friedens betont habe. Er sei überzeugt, daß man sich auch mit Ungarn einigen werde. Die Tschechoslowakei sei immer dazu bereit gewesen. Es sei ein Irrtum anzunehmen, daß die Tschechoslowakei zum westlichen Europa anhänge. Schon die geographische Lage der Tschechoslowakei zeige, daß es unmöglich sei, sich an die Politik des einen oder anderen Staates zu binden. Der Auswärtige Ausschuß der Kammer habe die Anerkennung Rußlands bereits gebilligt. Ueber die Verhandlungen mit dem Vatikan erklärte Benesch, daß das einzig richtige Verhältnis der freien Kirche im freien Staate sei. Ausführlich ging der Minister auf die Frage der Auslandspropaganda ein. Die Vorwürfe, daß diese Propaganda unzulänglich sei, seien unsachlich und lächerlich. Vom Oktober 1926 bis Oktober 1927 seien unter Mitarbeit des Ministeriums 124 Bücher über die Tschechoslowakei herausgegeben, darunter 31 französische, 19 deutsche, 18 englische, 10 polnische, 8 schwedische. Die übrigen in den anderen Landessprachen 15 Sondernummern von ausländischen Zeitschriften über die Republik seien im abgelaufenen Jahre herausgegeben. In der Filmpropaganda habe man 69 große Filme und 14 773 Photographien in das Ausland gesandt.

Sonderaufträge Litwinows für Genf

Verhandlungen mit England und der Schweiz.

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Vollzugskomitee der Sowjetunion die Bildung der Delegation für die Abrüstungskonferenz, an deren Spitze bekanntlich Litwinow steht, bestätigt. Die Delegation wird voraussichtlich am 28. November in Berlin eintreffen und sich von dort nach Genf begeben. Litwinow gab der Ansicht Ausdruck, daß die schwierigen politischen Probleme vor denen die Abrüstungskonferenz stehe, nur durch die ernste Zusammenarbeit aller Völker gelöst werden könnten.

Wie weiter verlautet, wird Litwinow besondere Vollmachten für eventuelle Verhandlungen mit der englischen Delegation erhalten, in denen die Frage der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen England und der Sowjetunion zu erörtern wäre. Außerdem wird Litwinow zu Verhandlungen mit der Schweiz, die das gleiche Ziel haben, ermächtigt werden.

London für Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland?

London. Der „Observer“, der die nächstwöchigen Abrüstungsverhandlungen in Genf in Anwesenheit der Vereinigten Staaten und Rußlands als die bedeutendste Aussprache bezeichnet, die jemals in der Nachkriegszeit in der Abrüstungsfrage stattfand, erklärt, daß bei dieser Gelegenheit auch die in der Guildhall-Rede Baldwins enthaltenen Andeutungen über die Politik gegenüber Rußland akut werden würden. Lord Cushendun werde mit Vertretern Tschitscherins zusammentreffen. Wenn Moskau, so bemerkt das Blatt, als Freund nach Genf komme, werde es die Vergangenheit aufgeben müssen. Komme es als Geschäftspartner, dann müsse es eine geschäftsmäßige Einstellung einnehmen. Das Recht werde vollkommen, denn jedermann sei sich bei den Beziehungen zu Moskau darüber klar gewesen, daß dies nur eine zeitlich begrenzte Maßnahme gewesen sei.

Belgische Regierungskrise

Brüssel. Die Krise innerhalb des belgischen Kabinetts hat sich weiter verschärft. Sie ist in der Hauptsache auf die Unstimmigkeiten über die Militärvorlage zurückzuführen. Der Ministerrat wird morgen darüber beraten. Der Vorschlag Jaspars, einen Sonderausschuß zur Prüfung der Frage der Militärdienstzeit einzusetzen, wird voraussichtlich von den Sozialisten abgelehnt werden. Man rechnet daher mit dem Rücktritt der sozialistischen Minister.

Demonstration arbeitsloser Bergarbeiter in London

Berlin. Wie die Morgenblätter aus London melden, traf dort am Sonntag nach zwölftägigem Marsch eine etwa 260 Mann starke Delegation arbeitsloser Bergarbeiter aus Süd-Wales ein. Auf den Trafalgar Square wurde die Delegation von einer großen Menschenmenge begrüßt. Der Sekretär der Bergarbeiterschaft, Cook, betonte in einer Rede, daß der Marsch der Bergarbeiter unternommen sei, um der Londoner Bevölkerung die Herzlosigkeit Baldwins gegenüber der Not der Bergarbeiter zu demonstrieren.

Ein türkisches Antikommunisten-Gesetz

Angora. Die Aktion gegen die türkische Kommunistische Partei ist beendet. Unter den insgesamt 200 Verhafteten befinden sich auch zwei Angestellte der sowjetrussischen Handelsgesellschaft Arcos. Wie es heißt, wird die türkische Regierung ein Gesetz herausbringen, durch das die Tätigkeit der kommunistischen Partei in der Türkei untersagt wird.

Frankreich-Rußland

(Von unserem eigenen Korrespondenten.)

Paris, Mitte November 1927.

„Kaum ist Valerian Dovgalewsky zum russischen Botschafter in Paris ernannt worden, und schon hat die gesamte Rechtspresse entdeckt, daß er Kommunist ist!“, schrieb ironisch aber treffend die Pariser Linkszeitung „Oeuvre“ zwei Tage nach der Ernennung von Dovgalewsky zum russischen Botschafter in Paris. Tatsächlich hat gegen ihn bereits vor seiner Ankunft wieder eine große Hetze eingesetzt.

Die Rechtszeitungen, von denen manche nur Puppen in der Hand des großen englischen Oelhändlers Deterding sind, begnügen sich nicht mehr damit, Herrn Rakowsky vor 4 Wochen aus Paris gejagt zu haben, weil dieser ein kommunistisches Minderheitsmanifest unterschrieben hatte, in dem gesagt wurde, daß die Revolution in allen Ländern energisch vorbereitet werden müsse, sondern sie versuchen stark, jetzt zum großen Schlag auszuholen. Daran liegt ihnen umsomehr, als Herriot es war, der 1924 die Beziehungen zum kommunistischen Rußland aufnahm. So kann dann gleichzeitig im nächsten Jahr in den Wahlversammlungen gesagt werden, daß auch die Rußlandpolitik der französischen Linken so wenig Segen gebracht habe, daß die diplomatischen Beziehungen zu Rußland wieder hatten abgebrochen werden müssen.

Aber noch sind wir nicht so weit; und so versucht man, die Bevölkerung in furchtbare Angst vor dem neuen Botschafter zu setzen. Wenige Tage nach seiner Ankunft werde man in allen Radio-Apparaten geheime Stimmen hören, die für den Kommunismus Propaganda machen, — das ist so eins von den Märchen, die der aristokratische „Figaro“ seinen Lesern vorzuschwatzen beliebt. Der Besitzer des „Figaro“, der bekannte Parfümfabrikant Coty, greift persönlich zur Feder, um in zwei ausführlichen Artikeln, acht Spalten lang im großen Zeitungsformat, den Nachfolger von Kristo Rakowsky als einen „Spezialisten von Verschwörungen“, als einen unermüdlichen Anstifter von Komplotten und einen gefährlichen Banditen hinzustellen. Die Artikel des Herrn Coty werden ja wahrscheinlich von einem armen Menschen geschrieben und von ihm selbst nur unterschrieben sein, aber seine Verpestung der politischen Welt mit dem antirussischen Parfüm des Herrn Coty hat doch schnell Nachahmer gefunden. Auch das „Echo de Paris“ ist nicht mehr damit zufrieden, Herrn Dovgalewsky dumme Warnungen zuzurufen, sondern es behandelt ihn ebenfalls als einen Kommunisten, der noch viel schrecklicher sei als Herr Rakowsky, wobei allerdings erwähnt werden muß, daß dessen Abfahrt aus Paris bei Nacht und Nebel zur Verstimmung gegen Rußland eher beigetragen hat.

Herr Coty meint, Dovgalewsky habe seit 1904 die politischen Attentate in der ganzen Welt vorbereitet. Damals habe es in Rußland anarchistische Komitees gegeben, die mit Bomben bewaffnet waren. Jedes Komitee hatte seine besondere, außerordentlich schwer erlernende Geheimschrift. War wirklich einmal nach endloser Mühe eine derartige Geheimschrift von der zaristischen Polizei entdeckt, so war damit wenig getan, weil jedes Komitee seine besondere Geheimschrift hatte. Jeder Komiteeführer verlangte von Zeit zu Zeit freiwillige Mörder. Da melden sich immer mehr, als gebraucht werden. So habe man für den Mord an Alexander II. fünf Freiwillige verlangt und siebzehn hätten sich gemeldet.

Dovgalewsky habe diese nihilistische Tätigkeit seit 1917 fortgesetzt, erst 1924 in Schweden, als dort der Sozialist Sandler an der Regierung war und dann in Japan, wo die dreieinhalb Millionen Arbeitslose ein guter Boden für seine Propaganda gewesen seien. Der japanische Gewerkschaftskongreß vom September 1927, wo 35 Gewerkschaftsorganisationen zusammenkamen und der Panasiatische Kongreß zu Nagasaki im August dieses Jahres werden von Coty angeführt, um den unheilvollen Einfluß von Dovgalewsky zu schildern.

Noch ist dieser in Tokio, und gerade die armen Besitzer russischer Vorkriegsanleihe, welche die eifrigsten Verfechter eines französisch-russischen Abkommens sind — die französischen Patrioten denken an diese sehr wenig — ersehnen Herrn Dovgalewsky schnellstens nach Paris. Aber einstweilen haben noch immer die Interessen der großen Oelfabrikanten mehr Stimme als die Wünsche der Armen und Betrogenen.

Kurt Lenz.

Estlands Außenminister über die Randstaaten

Riga. Die Rigaer Presse“ veröffentlicht eine Unterredung mit einem ungenannten Politiker der baltischen Staaten, in dem man aber mit großer Wahrscheinlichkeit den Außenminister Estlands, Hellat, vermuten darf. Diese Unterredung enthält interessante und teilweise überraschend neue Gedanken und Anschauungen, die man bisher in den baltischen Staaten nicht sehr oft aussprechen hörte und die recht bezeichnend für die Wandlung der politischen Ansichten sind. Das Verhältnis zu Rußland, und zwar mehr noch zu einem zukünftigen als zu dem gegenwärtigen, nötige die baltischen Staaten zu einer gemeinsamen Front der Defensive. Ein Neutralitätspakt mit Rußland dürfe nur gemeinsam mit allen Beteiligten, einschließlich Finnlands, abgeschlossen werden. Sehr bestimmt lehnt der Politiker jede Interventionspolitik in Rußland ab. Die strikteste Neutralität, die durch keine andere Absicht irgendeiner Großmacht gestört wird, ist ein Gebot der Selbsterhaltung für die baltischen Staaten.

Ueber Litauen sprach sich der Politiker in scharfen Tönen aus. Er rügte die Methoden gegen Deutschland in bezug auf Memel und den jahrelangen latenten Kampf mit Polen. Es entspricht der ganzen außenpolitischen Einstellung Estlands, wenn der Politiker weiterhin sich zu einem Bündnisvertrag der nördlichen Randstaaten mit Polen bekennt. Allerdings, fügt er hinzu, müßten gleich die baltischen Staaten ihr völliges Desinteressement an der Westgrenze Polens erklären. Das Problem des Polnischen Korridors, dessen Widersinn auch in den politischen Kreisen der baltischen Staaten eingestanden wird, berührt nicht die Interessen dieser Staaten. Ein Bündnisvertrag mit Polen hat nur einen Sinn nach Osten hin, aber auch dieser Politiker gibt zu, daß eine Bindung an Polen, welches die Aspirationen einer Großmacht habe, für die baltischen Staaten sehr gefahrvoll sein könne.

Zum Tode Joffes

Joffe war ein enger Freund Trotzkis. Vielleicht hat er mit Absicht den Augenblick der politischen Vernichtung seines Freundes durch die bolschewistischen Instanzen gewählt, um aus dem russischen Jammertal zu scheiden. Allerdings litt Joffe seit Jahren an einer schweren Nervenentzündung.

Joffe hat um die Sowjetdiplomatie große Verdienste. Im Jahre 1918 vertrat er auf kurze Zeit das bolschewistische Rußland in Berlin, um dann später bei dem Abschluß des Rapolla-Vertrages in Genua als Delegierter der Sowjetunion eine maßgebende Rolle zu spielen. Auch in Verhandlungen mit der chinesischen und japanischen Regierung hat er in den letzten Jahren großes diplomatisches Geschick bewiesen. Seine Verdienste sind jedoch wegen seiner stillen Zugehörigkeit zur Opposition niemals anerkannt worden.

Ein polnisch-russisches Abkommen

Warschau. In der russischen Gesandtschaft ist dieser Tage ein Abkommen unterzeichnet worden, das sich auf den Art. 11 des Rigaer Vertrages stützt. Danach hat die Sowjetregierung an Polen auszuliefern: Museumsgegenstände, das Zentralarchiv, Bibliotheken, Handschriften, polnische historische Schätze, die während der Russenzeit nach dem Innern des Reiches geschafft worden sind, usw. Der Vertrag erlangt nun Rechtskraft. Die Auslieferung der Denkwürdigkeiten dürfte im nächsten Monat erfolgen.

Tschiangkaischek wieder Führer der Südarmee

Peking. Tschiangkaischek hat, nachdem ihm besondere Vollmachten und erhebliche finanzielle Unterstützung zugebilligt worden sind, das Oberkommando über die Südarmee wieder übernommen. Er beabsichtigt, sofort eine neue Offensive gegen den Norden einzuleiten und mit allen Mitteln durchzuführen, sowie die kommunistischen Umtriebe in Schanghai niederzuwerfen.

Die Nankingtruppen haben als ersten wirklichen Erfolg ihrer Offensive gegen Schantung den Uebergang über den Hwaiho-Fluß bei Pengpu erzwungen. Die Schantungtruppen wurden hinter den Eisenbahnknotenpunkt Hsutschausu, der gleichzeitig vom Westen von den Feng-Truppen angegriffen wurde, zurückgeworfen. In Schanghai dauern die Arbeiterunruhen an, während in Hankau seit dem Einzug der Nankingarmee Ruhe und Ordnung herrscht. Wie verlautet, nehmen die Schanghaier Besprechungen der Führer der Kuomintang einen erfolgversprechenden Verlauf.

Attentatsplan gegen Pilsudski?

Warschau. Das Blatt Pilsudskis „Glos Prawdy“ meldet die Verhaftung des Vorsitzenden des Bundes der Hallersoldaten, Eustachiewicz, die im Zusammenhang mit der Verbreitung eines regierungsfeindlichen Flugblattes über den verschollenen General Zagoski steht. Zugleich aber soll es sich um eine Verschwörung handeln. Eustachiewicz habe im Büro des Verbandes für nationale Einheit in der Kopernikusstraße in Warschau den sogenannten „Rat der Ritter des Rechtes“ gebildet. Unter feierlichen Zeremonien in einem dunklen Zimmer vor einem mit einem Kreuz geschmückten Tisch seien hier die Verschwörer von Eustachiewicz vereidet worden. Einer von ihnen, ein gewisser Preis, habe bei der Polizei Anzeige gemacht, daß Eustachiewicz ihn zu einem Attentat gegen Pilsudski habe überreden wollen.

Die Rechtspresse schenkt diesen Angaben keinen Glauben. Eustachiewicz wurde Sonntag nach Lemberg gebracht, da er mit den dort gleichfalls in Sachen des Zagorski-Flugblattes Verhafteten in Verbindung gestanden haben soll.

Barthou feiert den „Pazifismus der Revanche“

Paris. Sonntag fand in Anwesenheit von Vertretern der Regierung und unter Beteiligung von einer Reihe von Rechtsverbänden, wie der patriotischen Jugend, die Enthüllung des Denkmals von Paul Derouleds statt. Im Mittelpunkt der Feier stand die Rede des Justizministers Barthou, der den von Deroulede verkörperten Revanchegedankens des von 1870 besiegten Frankreichs verherrlichte. Der Redner glaubte, der „Gewalt- und List-Politik“ Bismarcks die Preußen zur „Beherrscherin Deutschlands und der Welt“ gemacht habe, den „Pazifismus“ eines Deroulede gegenüberstellen zu können, unter dessen Führung die republikanische Jugend Frankreichs nur an Abrüstung und Völkerverbrüderung gefaßt habe. (!!) Das Ziel der von Deroulede gegründeten patriotischen Jugend, so bekannte allerdings Barthou, sei die Revision des Frankfurter Friedens und die „Rückgabe“ Elsaß-Lothringens gewesen. Deroulede, der das Wort gesprochen habe: „Was die Völkerverbrüderung anlangt, werden wir an dem Tage davon sprechen, an dem Kain uns das zurückgegeben haben wird, was er uns genommen hat“, feierte Barthou als den Künder der eminenten Gerechtigkeit, der durch die militärische Ausbildung der Jugend die Stunde der „Notwendigen Wiedergutmachungen“ vorbereitet und erwartet habe.

Kampf der Bauernpartei gegen Bratianu

Bukarest. Der Exekutivausschuß der nationalen Bauernpartei hielt gestern hier eine etwa 10stündige Sitzung ab. Nach einem ausführlichen Bericht der Parteileitung über die innerpolitische Lage, den Manoilescuprozeß, sowie über das Verbot verschiedener Versammlungen und des Kongresses der Partei sprach der Exekutivausschuß der Parteileitung sein Vertrauen aus. Ferner wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt, daß die Partei die gesetzwidrigen Maßnahmen der Regierung mit ungesetzlichen Mitteln beantworten werde. Mit der Ausarbeitung dieser Maßnahme wurde eine besondere Kommission betraut, die morgen zusammentritt. — In Befürchtung von Kundgebungen hat die Regierung in verschiedenen Stadtteilen starke Gendarmerieabteilungen bereitgestellt. Es kam aber weder zu Kundgebungen noch zu irgendwelchen Zusammenstößen.

Zur deutsch-französischen Verständigung

Am 21. November wird der französische pazifistische Dichter George Duhamel im „Romanischen Seminar der Friedrich-Wilhelm-Universität“ zu Berlin sprechen und am 5. Dezember der Senator de Monzie, der schon neunmal in Frankreich Minister war. Aus diesem Anlaß wird Herr de Monzie im Reichstag Anfang Dezember vom Reichstagspräsidenten Löbe empfangen werden und ebenfalls den deutschen Außenminister Stresemann aufsuchen.

Die Mission des Dr. Fu-Mandschu

Roman von Sax Rohmer.

29)

Jeden Augenblick konnte ein giftiger Tausendfüßler über die schlüpfrigen Steine auf uns zukommen oder konnte eine Giftspinne bereit sein, von der Decke auf uns herabzugleiten. Vielleicht auch hatte Fu-Mandschu eine Schlange in unsere Nähe gebracht oder die Luft mit den Mikroben abscheulichen Siechtums verpestet.

„Smith“, flüsterte ich und erkannte meine Stimme kaum wieder, „diese Nervenanspannung ist nicht länger zu ertragen. Er will uns töten. Aber wie...“

„Sei unbesorgt! Zuvor will er unsere Pläne ergründen. Du hörtest doch, wie er ein Folterinstrument erwähnte: das eiserne Wams!“

„Großer Gott!“ stöhnte ich. „Ist so etwas in England möglich?“ —

Smith hüstelte ein trockenes Gelächter und zerrte an seinem stählernen Halsreifen.

„Eine winzige Hoffnung habe ich noch,“ erklärte er, „da du mein Leidensgefährte bist. Aber wir dürfen nicht die kleinste Möglichkeit außer acht lassen. Sieh zu, ob du mit dem Taschenmesser dein Schloß öffnen kannst. Ich will das gleiche bei meinem versuchen.“

Ich machte mich sofort daran, dem Rat meines Freundes zu folgen, und wir waren eifrig in unsere Arbeit vertieft, als ein Geräusch uns innehalten ließ. Etwas rührte sich unter den Steinen des Kellers. Mein Atem stockte. Jeder Nerv war gestrafft.

Ein Lichtstreif war sichtbar und verbreiterte sich langsam zu einem Quadrat. Eine Fallklappe hob sich, und einige Zoll vor mir erblickte ich die schattenhaften Umrisse eines Kopfes.

Etwas Fürchterliches hatte ich erwartet — den Tod oder Schlimmeres. Statt dessen sah ich ein liebliches Antlitz, eine wirre Masse braunen Haares, einen schöngeformten Arm, oberhalb des Ellbogens mit breitem Goldband geschmückt.

Das Mädchen stellte die Laterne auf den Steinboden. In dem schwachen Licht erschien sie wie die unwirkliche Gestalt eines wirren Opiumtraums — mit dem enganschließenden Seidengewand, den funkelnden Juwelen und den zierlichen roten Pantoffeln.

Kurzum, sie war die leibhaftige Verkörperung der Huri meiner Vision. Es fiel schwer zu glauben, daß wir uns im modernen London befanden; denn wir kamen uns vor wie die Gefangenen eines Kalifen in einem Kerker des alten Bagdad.

„Meine Gebete sind erhört worden!“ raunte Smith. „Sie ist gekommen, dich zu retten!“

„Pst!“ warnte die Besucherin, deren wundervolle Augen sich angstvoll weiteten. „Ein Laut — und er mordet uns alle drei!“

Sie beugte sich zu mir. Ein Schlüssel knirschte im Schloß, und mein Stahlkragen fiel. Während ich aufstand, wandte sie sich zu Smith und befreite auch ihn. Dann hielt sie die Laterne über die Falltreppe und bedeutete uns, die Holzstufen hinunterzusteigen.

„Lassen Sie Ihr Messer liegen“, rief sie mir leise. „Er wird dann annehmen, Sie hätten sich selber befreit. Hinab nun! Schnell!“

Nayland Smith verschwand in der Dunkelheit. Ich ihm nach, so rasch ich vermochte. Hinter mir unsere geheimnisvolle Freundin. Ein goldener Reif um ihre Fußknöchel glitzerte im Schein der Laterne.

Wir befanden uns in einem niedriggewölbten Gang. „Verbinden Sie sich mit dem Taschentuch die Augen und tun Sie genau, was ich Ihnen sage!“ befahl unsere Retterin.

Keiner von uns beiden dachte an Ungehorsam. Verbundenen Auges ließ ich mich führen. Smith, die Hand auf meiner Schulter, folgte. In dieser Reihenfolge tappten wir weiter und erreichten eine Steintreppe.

„Stützen Sie sich gegen die linke Wand!“ gebot unsere schöne Begleiterin. „Die rechte birgt Gefahren.“

Mit der freien Linken tastete ich nach der Mauer. Darauf setzten wir unseren Weg fort. Die Atmosphäre war geschwängert mit dem Duft exotischer Vegetation. Aber auch schwachen Geruch tierischen Lebens glaubte ich zu verspüren. Dann versanken meine Füße in einem dicken, weichen Teppich. Ich fühlte einen Vorhang meine Schultern streifen. Ein Gong dröhnte. Wir machten halt. Dumpfer Lärm drang aus der Ferne heran.

„Wo in Himmels Namen sind wir?“ raunte Smith. „Das war ein Tamtam!“

„Pst!“ Die kleine Hand in der meinen bebte ängstlich.

Wir waren dicht bei einer Tür oder einem Fenster, denn es wehte ein zartes Parfüm herein, das mich an andere Begegnungen mit der schönen Frau erinnerte, die uns jetzt aus Fu-Mandschus Hause führte — der Frau, die mir mit ihren eigenen Lippen versichert hatte, daß sie eine Sklavin sei.

Geraume Zeit herrschte Stille.

„Rasch! Diesen Weg!“

Wir klommen eine läuferbedeckte Treppe hinab. Unsere Führerin stieß eine Tür auf und geleitete uns durch einen Korridor. Noch eine Tür wurde geöffnet, und wir atmeten frische Lutf. Das junge Mädchen zog mich hastig weiter über einen Kiesweg bis zum Ufer eines Flusses. Dann knarrte Holz unter meinen Füßen, und unter meiner Binde sah ich Wasser glitzern.

„Vorsicht!“

Wir bestiegen ein kleines Boot, das unsere Begleiterin mit raschen Stößen auf den Strom hinausruderte.

Ich fühlte mich wie in einem Fieberrausch — fragte mich zwischen Wachen und Träumen, ob dieser Strom die Themse, der Tigris oder der Styx sei.

Das Boot stieß ans Ufer.

„Innerhalb weniger Minuten werden Sie eine Turmuhr schlagen hören“, klang die melodische Stimme unserer Führerin. „Ich verlasse mich auf Ihr Ehrenwort, daß Sie nicht früher die Taschentücher entfernen werden. Das sind Sie mir schuldig.“

„Wir versprechen es Ihnen!“ beteuerte Smith warm.

Ich hörte, wie er aus dem Boot kletterte. Wenig später legte sich eine zarte Hand in die meine, und ich fühlte festen Grund unter den Füßen.

Als ich am Ufer stand, hielt ich die Hand fest — zog das junge Weib an mich.

„Sie dürfen nicht zurückgehen!“ beschwor ich sie. „Wir werden für Sie sorgen!“

„Lassen Sie mich!“ wehrte sie ab. „Als ich Sie neulich bat, mich von ihm zu befreien, redeten Sie von Polizeischutz. Sie wollten, daß man mich hinter Schloß und Riegel setzte, wollten veranlassen, daß ich ihn preisgab. Wozu? Wozu?“ Sie riß sich los. „Wie wenig verstehen Sie mich! Aber vielleicht werden Sie es eines Tages begreifen. Also: Wenn die Uhr schlägt —!“

Fort war sie. Ich vernahm, wie das Fahrzeug wieder vom Strand sich entfernte, vernahm das Tropfen des Wassers von den Riemen, schwächer und schwächer.

„Welches Geheimnis ist mit ihr verkettet?“ fragte Smith neben mir. „Weshalb bleibt sie bei dem gelben Scheusal?“

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Die Wahlrüstungen der Sanacja Moralna

Hinsichtlich der kommenden Sejmwahlen sind verschiedene Gerüchte im Umlauf. Einmal heißt es, daß die Sanacja moralna als Spitzenkandidaten in den einzelnen Wojewodschaften die Staatsminister aufstellen wird. Für die schlesische Wojewodschaft sollte in diesem Falle der Verkehrsminister Romocki als Spitzenkandidat in Frage kommen. Selbst Marschall Pilsudski soll angeblich in den drei Wojewodschaften Warschau, Lodz und Krakau als Spitzenkandidat auftreten. Neulich tauchte noch ein anderes Gerücht auf, daß die Kandidatenlisten von oben herab diktiert werden, ohne daß auf die Wünsche der einzelnen Lokalorganisationen Rücksicht genommen wird. Wir halten diese Gerüchte, insbesondere, daß die Ortsorganisationen der Sanacja moralna ausgeschaltet werden, für unbegründet. Wahr dürfte es schon sein, daß populäre Namen, wie die Namen des Marschall Pilsudski in Warschau oder Krakau, dann Bartel in Lemberg und Moraczewski in Stryj die Kandidatenlisten der Sanacja moralna zieren dürften, vorausgesetzt, daß die erwähnten Minister ihre Namen für den Wahlkampf hergeben werden. Unwahrscheinlich erscheint aber, daß der Verkehrsminister Romocki als Spitzenkandidat für die schlesische Wojewodschaft gedacht wird. Herr Romocki ist in Schlesien keine bekannte Persönlichkeit und die Sanacja moralna würde mit diesem Namen die Wähler kaum heranlocken. Ein ganz gewöhnlicher oberschlesischer Pfarrer würde ihr sicherlich mehr Dienste leisten als ein Herr Romocki. Tatsächlich werden von der hiesigen Sanacja moralna große Wahlvorbereitungen getroffen. Bereits am vergangenen Freitag hat die Sanacja moralna im „Savoy-Hotel“ eine Konferenz unter Leitung des Bürgermeisters Grzsik abgehalten. Vertreten waren nachstehende Organisationen: Der Verband der Aufständischen, Verband der Flüchtlinge, Verein der Polinnen, Verband der Kriegsinvaliden, Verband der ehemaligen Unteroffiziere, Verband der Legionisten, Verband der Volksschullehrer, Verband der wirtschaftlichen Vereinigungen, Verband der selbständigen Kaufleute, Verband der moralischen Sanation, NPR-Lewica und Parja Pracy (Arbeitspartei). Von Monarchisten, der neugebacknen Partja Katolicka und der polnischen Berufsvereinigung verlautet nichts, obwohl es bereits bekannt ist, daß der neugebackne „Sanator“, Herr Napieralski, an der Konferenz teilnahm und auch die polnische Berufsvereinigung mit vertreten sein sollte, zwar nicht offiziell, wie es verlautet. Weiter sollte informationshalber auch ein Vertreter der hiesigen Monarchisten an dieser Konferenz teilgenommen haben. Diese polnische Arbeitsgemeinschaft — so wird die Konferenz genannt — setzte ein Komitee, bestehend aus sieben Personen und dem Bürgermeister Grzesik an der Spitze ein, welches ein Statut und ein Wahlprogramm ausarbeiten soll. Vorläufig wurde in der Sonntagsnummer der „Polska Zachodnia“ ein Aufruf veröffentlicht, der sich aber mit der deutschen nationalen Minderheit und dem Herrn Korfanty auf die übliche Art beschäftigt. Der Zweck dieser Arbeitsgemeinschaft — so liest man in dem Aufruf — ist die Polonisierung Ost-Oberschlesiens und das Stützen der Regierung Marschall Pilsudskis und, was wohl am wichtigsten ist, die gemeinsame Durchführung der Sejm- und Senatswahlen unter Wahrung der nationalen und der christlichen Grundsätze. Die Konferenz bedeutet eine Wahlrüstung der Sanacja moralna, die verstanden hat, alle apolitischen Organisationen, auf welche sich noch bei den letzten Sejmwahlen die Ch. D. stützte, an den Sanacjawagen zu spannen. Wir sind aber neugierig, ob sich unter diesen vielen Firmen genügend Wähler befinden, die geneigt sind, die Sanacja auf das Pferd zu heben.

Das Ende einer „Märtyrer“-Legende

Es ist noch nicht lange her, da schäumten alle rechtsstehenden polnischen Patriotenblätter links und rechts der Weichsel vor Wut und Rache über einen angeblichen Ueberfall auf einen gewissen Szymanski in Danzig. Es hieß: „deutsche Hakatisten haben Szymanski ermordet“, „Szymanski ist ein Märtyrer der polnischen Sache“ usw. Das Begräbnis Szymanskis fand mit großem patriotischen Tamtam unter Beteiligung der polnischen Abgeordneten Danzigs und der dortigen polnischen Vereinigungen statt.

Unterdessen hat die zu Ende geführte gerichtliche Untersuchung nach der Danziger „Volksstimme“ vom 11. d. Mts. ergeben, daß Szymanski, ein oft vorbestrafter Verbrecher, seinerzeit nicht auf der Landstraße von zwei Danziger überfallen worden, sondern einen Tag vorher, als er auf Einbrüche ausging, verjagt und dabei angeschossen wurde. Das Märchen von dem Ueberfall durch zwei angebliche Deutsche hatte er nur erfunden, um nicht in den Verdacht des Diebstahls zu kommen. Diese Mitteilung hatte Szymanski seinem wegen Verdachts der Begünstigung festgenommen Schwiegersohn, dem Arbeiter Sobocinski, mit der Bitte um strengste Verschwiegenheit mitgeteilt, weil Szymanski selbst und allein Schuld habe, daß er angeschossen sei. Sobocinski hat diesen Sachverhalt nunmehr ausführlich vor dem Untersuchungsrichter eingestanden und dieses Geständnis in Gegenwart des auf seinen Wunsch zugezogenen Verteidigers des Rechtsanwalts Langowski, wiederholt.

So wird ein Märtyrer nach dem anderen demaskiert.

Revierkonferenz des Deutschen Bergarbeiterverbandes

Um 10 Uhr vormittags eröffnete Kam. Nietsch mit dem üblichen Bergmannsgruß die Konferenz und begrüßte den neuen Bezirksleiter Kam Kosall und den Gen. Kowoll. Zu dieser Konferenz sind außer den Gästen 52 Delegierte erschienen aus 33 Zahlstellen, die weit über 3000 Mitglieder vertraten. Zu Punkt 1 erteilte der Vorsitzende dem Gen. Kowoll das Wort, welcher in einem längeren Referat über die allgemeine Wirtschaftslage in Polen sprach, namentlich in der Kohlenwirtschaft. Er sprach auch ferner über das Betriebsrätegesetz, die Anwendung dieses Gesetzes durch die Betriebsräte und das Vorgehen der Kapitalistenklasse, um die Bergarbeiterschaft vollständig zu entrechten. Gen. Kowoll führte statistische Zahlen der Kohlenproduktion, der Reduzierung der Bergarbeiter und der gegenwärtigen Produktion auf den Gruben in Polnisch-Oberschlesien auf, aus welchen hervorging, daß die Bergarbeiter übermenschliches leisten müssen und dabei ganz minimal entlohnt werden. Mit reichem Beifall endete er sein Referat.

Nach ihm ergriff das Wort Kam. Kosall aus Gleiwitz, der wieder über die internationalen Wirtschaftsfragen sprach ohne die hochpolitischen nationalen Fragen zu berühren. Gen. Kosall, ein alter Kampfesgenosse in Arbeiterfragen, gab den Versammelten ein klares Bild über die Wirtschaftslage auf dem internationalen Kohlenmarkt, was sehr die anwesendenden Delegierten interessiert hatte. Es muß betont werden, daß wir von unseren Kameraden aus Deutschland noch sehr viel lernen müssen. Die Deutsch-Polnischen Handelsvertragsverhandlungen hatte der Redner uns so klar vor Augen geführt, daß wir alle bis dahin in der polnischen Presse aufgebrachten Artikel in dieser Angelegenheit als verfrüht oder falsch betrachten müssen. Auch die Zusammenarbeit der Gewerkschaften in den verschiedenen Arbeiterfragen hat Redner so klar und deutlich geschildert, daß ein jeder anwesender Delefat es verstehen mußte. Bis dahin haben wir als Bergarbeiter schon so manche Bergarbeiter-Konferenz hinter uns aber diese war ein richtiger Ansporn zur gemeinsamen Arbeit der Bergarbeiter. Mit einem heißen Appell beendete Kam. Kosall sein Referat, mit dem Aufruf an alle Unorganisierten, sich so bald wie möglich einer Klassenorganisition anzuschließen.

Nun setzte die Diskussion ein. Eine ansehnliche Anzahl von alten überzeugten Gewerkschaftspionieren ergriffen das Wort um in ihrer altbekannten oberschlesischen Weise ihre Klagen vorzubringen. So waren es die Kameraden Dylong, Smolka, Schiwietz, Orzol, Brisch, Matzke, Hermann, Schuhwald u. a. die sich über die Ausführungen der beiden Referenten wenig zu beklagen hatten, aber eine feste intensive Verbandsarbeit forderten und mit Recht. Unsere Kumpels haben das Recht Kritik zu üben, wo es angebracht ist, denn eine stramme Organisation kann ohne Kritik gar nicht auf einer gesunden Grundlage bestehen bleiben.

Nach Schluß der Diskussion erhielt Kam. Kosall das Schlußwort, in welchem er das Zusammenarbeiten in Oberschlesien so deutlich und freundschaftlich schilderte, daß unsere Kameraden es verstehen mußten, daß wir immer noch keine Waisenkinder sind, wir sind alle gleichwertige Kameraden unter uns.

Kamerad Nietsch gab einen Ueberblick über die Verbandskasse in der letzten Zeit bekannt, gegen welchen nicht viel einzuwenden war, weil die Revisionskommission alles revidiert und in bester Ordnung befunden hatte.

Unter Verschiedenes wurden noch verschiedene Angelegenheiten vorgebracht, wie Rechtsschutzfragen u. a. m. An Hand von aufgeführten Tabellen, die wir nachstehend der Oeffentlichkeit vorbringen, damit sich ein jeder Mensch überzeugen kann, daß der Deutsche Bergarbeiterverband in Ost-Oberschlesien sehr gut restauriert ist. In den letzten zwei Monaten hatte der Bergarbeiterverband nur 900 Neuaufnahmen zu verzeichnen gehabt.

Was Agitation und Rechtsschutz anbelangt zeigen die nachstehenden Tabellen, was alles geleistet wurde: Versammlungen, Konferenzen, Vertretungen u. a. m.

Ab 1. Januar 1927 bis zum 31. Oktober 1927 wurde in Ost-Oberschlesien neben der gewöhnlichen Verbandsarbeit folgendes geleistet: Belegschaftsversammlungen 10, Mitgliederversammlungen 80, Gewerkschaftsversammlungen 3, Lohnverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband 8, Arbeitsgemeinschaftssitzungen 9, Betriebsrätekongresse und Konferenzen 7, Knappschaftskonferenzen (1. Generalversammlung) 5, Fach- und Hauptausschußsitzungen 3, Vertretungen vor Gewerbegerichten und Schlichtungsausschüssen 10.

Hinterher kommt **die Rechtsschutzerteilung.** Auch auf diesem Gebiete hat der deutsche Bergarbeiter niemals versagt. Er erteilt Rechtschutz nicht nur seinen Mitgliedern und deren Angehörigen aber auch allen armen Leuten wie Invaliden, Witwen und Waisen, die nirgends etwas erlangen können. Schon seit Dr. Winters Zeiten sind wir als Freie Deutsche Gewerkschaften gewöhnt für diese Aermsten kostenlos Rechtsschutz zu erteilen. Nachstehendes gibt über diese Arbeit einen Ueberblick. Ab 1. Mai bis zum 31. Oktober 1927 wurden im ganzen 365 schriftliche Rechtsschutzfälle im Büro des Deutschen Bergarbeiterverbandes erteilt. Davon entfielen für die Mitglieder des Deutschen Bergarbeiterverbandes 284 Fälle und 81 Fälle für andere verwandten Berufe, wie folgt: Metallarbeiterverband 18 Fälle, Maschinisten und Heizerverband 9 Fälle, Malerverband 20 Fälle, Bauarbeiterverband 4 Fälle, Gastwirtsgewerbe (Kellner) 6 Fälle, Holzarbeiterverband 5 Fälle, Zimmererverband 3 Fälle, Invaliden, Witwen und Waisen, Mitglieder der Partei oder Angehörige von Mitgliedern 16. Summa 81 Fälle.

Auch aus diesem Bericht ist zu ersehen, daß auch auf diesem Gebiet die Bezirksleitung ihres getan hatte. Auch die Kassengeschäfte wurden nach Zahlen durch den Kameraden Nietsch deutlich erläutert. Hier muß betont werden, daß der Deutsche Bergarbeiterverband in dieser Hinsicht reell arbeitet.

Die Kassenverhältnisse haben sich unter der neuen Leitung der Deutschen Bezirksleitung viel besser gestaltet als unter der sogenannten kommissarischen Führung anderer Personen. Heute hat der Deutsche Bergarbeiterverband ein klares Bild über sie, was früher nicht der Fall war. Im allgemeinen genommen, hat diese Revierkonferenz einen ruhigen und angenehmen freundlichen Charakter gehabt. Ehe die Konferenz geschlossen wurde, ergriff Gen. Redakteur Helmrich das Wort, der den Delegierten in eindringlichen Worten ein übersichtliches Bild über die Bedeutung der Arbeiterpresse gab und an sie den Appell richtete, mehr als bisher Sorge für die Verbreitung des „Volkswille“ zu tragen. Auch diese Frage fand unter den Kameraden lebhaftes Interesse und brachte eine lebhafte Diskussion.

Zur Feststellung des Viehbestandes

Ab 1. Dezember d. Js. wird gemäß der Ministerialverordnung vom 17. Oktober d. Js. (Monitor Polski Nr. 250 v. 31. Oktober 1927) wie allerorts, so auch im Stadt- und Landkreis Kattowitz eine allgemeine Viehzählung vorgenommen. Im Auftrage des Magistrats und der Starostei werden besonders bestimmte Beamten als sogenannte Zähler von Haus zu Haus, ferner bei den Verwaltungen, in Gutsbezirken und zwar in Dominiums usw. vorsprechen und die Zählung von Pferden, Hornvieh, Schweinen und Schafen nach dem Stande vom 30. November d. Js. vornehmen. Dieses Datum ist als Stichtag anzusehen. Alle Züchter und Viehhalter sind verpflichtet, den Beamten bei der Zählung genaue Angaben zu machen. Bei irgendwelchen Zuwiderhandlungen kann laut § 8 der eingangserwähnten Verordnung eine Bestrafung bis zu 500 Zloty erfolgen bezw. im Falle der Nichtzahlung eine entsprechende Arreststrafe festgesetzt werden.

Auskunftsperson in der Staatsbahndirektion

Die Staatsbahndirektion in Kattowitz teilt mit, daß sie am Haupteingange des Direktionsgebäudes eine ständige Auskunftsstelle eingerichtet hat, an die sich alle Interessenten zu wenden haben, die eine persönliche Rücksprache in der Eisenbahndirektion wünschen. Die Auskunftsperson wird den Interessenten schriftliche Genehmigungen erteilen, auf Grund deren ihnen der Eintritt in das Direktionsgebäude erlaubt sein wird. Die neue Einrichtung mußte aus dienstlichen Gründen erfolgen.

Theater und Musik

„Kammerkunst-Abend“.

Hilde Elgers-Violine, Irmela von Dulong-Rezitation, Walter Welsch-Klavier.

Man kann durchaus nicht immer von der deutschen Theaterleitung verlangen, daß sie in ihren Darbietungen nur Erstklassiges bringt. Es kommt naturgemäß auch vor, daß wir Enttäuschungen erleben, aber diese müssen ebenfalls hingenommen werden. Der gestrige „Bunte Abend“ scheint im Publikum eine derartige Befürchtung ausgelöst zu haben; denn der Saal im „Christlichen Hospiz“ war gähnend leer, was wir erstens mal als Tatsache feststellen, ferner aber umsomehr bedauern, als das Gebotene im großen Ganzen recht annehmbar war. Außerdem waren doch die Preise der Plätze tatsächlich niedrig bemessen.

Ueberraschenderweise lernten wir in Walter Welsch einen Pianisten kennen, dessen Fähigkeiten weit, weit über dem Durchschnitt des üblichen Konzertspielers stehen. Seine Fingertechnik ist fabelhaft, das Spiel selbst ist klingend, sauber und ausdrucksvoll. Die Interpretation der Vortragspiecen läßt auf gutes Empfinden und eine ausgezeichnete Durcharbeitung derselben schließen. Besonders wirksam gestaltet Herr W. das Forte, das vielen Pianisten zum Verhängnis wird. Hier klingt Motiv oder Melodie stets klar und sauber durch, wobei natürlich auch die sachgemäße Pedalbehandlung nicht vergessen werden darf. Am Bachschen „Konzert in F-Dur“ in altitalienischem Spiel konnte man wirklich seine Freude haben. Es bildete den Auftakt des Abends und ließ Walter Welsch sofort als den Spieler von großem Wurf erscheinen. Hinreißend in ihrer Melodik wirkte die „Campanella“ von Liszt, wobei die Geläufigkeit des Künstlers glänzend hervortrat. Dasselbe gilt vom „Faustwalzer“ des nämlichen Komponisten, der mit Verve und brillantem Ton zum Vortrag gelangte. Der rauschende Beifall der kleinen Kunstgemeinde erzwang eine Zugabe.

Merkwürdig ist es, daß Walter Welsch als Begleiter am Flügel entschieden abfällt. Hier war es nun wieder Hilde Elgers, deren gutgeschulte Violinkunst in den Vordergrund trat. Auch deren Spiel ist flüssig und anerkennenswert. Doch klang das Instrument oftmals unrein, was selbstverständlich den Vortrag abschwächte. Mozarts „Zweites Violinkonzert in D-Dur“ zeigte die guten Fähigkeiten der Geigerin im vollen Licht, die Ansätze sind sicher, Tempo und Wirksamkeit lassen nichts zu wünschen übrig. Reizvoll war auch „Ballade und Polonaise“ von Vieuxtemps, doch mußte hier stellenweise eine Abschwächung des Vortrags festgestellt werden, die natürlich unangenehm die Wirkung beeinflußte. Im allgemeinen aber kann auch die Kunst von Hilde Elgers als durchdacht und gut empfunden angesprochen werden.

Als dritte im Bunde brachte Irmela von Dulong Rezitationen dar. Die Künstlerin verfügt über ein vorzügliches, volles und modulationsfähiges Stimmorgan. Ihr Vortrag ist leidenschaftlich und geistvoll und verfehlt nicht einen tiefen Eindruck auf die Hörer. Nur hätte man in der Wahl der Dichtungen vorsichtiger sein müssen. Die Goetheschen Gedichte waren durchweg angebracht. „Mahomets Gesang“ strömte Kraft und Leben aus, „Mignon“ zeigte tiefste Empfindung des Menschen und „Der Gott und die Bajadere“ bildeten den Höhepunkt der Rezitation. Nicht aber so die Werfelschen Ergüsse. Allenfalls geht noch „Die Morphinistin“ oder „Das andere Dasein“, aber die übrigen Sachen waren viel zu schwer, zu tief religiös, sie paßten absolut nicht in den Rahmen des gestrigen Abends, viel eher hätte Irmela v. Dulong heitere Dichtungen bringen sollen. Doch scheint es, daß dieses Temperament ihr nicht liegt. Jedenfalls ist die Dulong eine Rezitatorin, die durchaus voll zu nehmen ist und deren ernstes Streben es ist, das Publikum zur Dichtkunst zu begeistern.

Das versammelte „Völkchen“ war sehr dankbar und empfänglich und belohnte die Gäste mit lebhaftem Beifall. Den Abschluß des Abends bildete eine Zugabe für Geige und Klavier. Den Kattowitzern aber ins Stammbuch, daß man auch an kleineren Veranstaltungen nicht fehlen sollte; denn es ist keine Kunst, anläßlich des Besuchs von Berühmtheiten die Häuser zu füllen!

A. K.

Kattowitz und Umgebung

Vereitelter Mordanschlag.

Gegen den 27 Jahre alten Grubenarbeiter Viktor Dytko aus Nickischschacht wurde im Revisionsverfahren vor der Strafkammer des Landgerichts in Kattowitz wegen versuchten Totschlags erneut verhandelt. Dytko, welcher mehrere schwere Verfehlungen auf dem Kerbholz hat und bereits vorbestraft ist, gesellte sich am 17. Juli v. J. zu dem Stellmacher Kontny aus Wessola, verwickelte denselben auf der Straße in Myslowitz in ein angeregtes Gespräch und wich diesem nicht von der Seite. Dytko benahm sich äußerst aufdringlich, begleitete den Kontny in einen Ladenraum und bot diesem später ein Paar Hosenträger an, welche er kurz vorher in dem Laden gestohlen haben soll. Schließlich erklärte sich der unheimliche Geselle sogar bereit, den Kontny auf dem Heimweg mitten durch den Wald zu begleiten. Das auffallende Benehmen befremdete den Kontny über die Maßen, jedoch schwand dessen aufsteigende Furcht beim Anblick seines körperlich überaus schwächlich gebauten Begleiters. Als sich der

Börsenkurse vom 21. 11. 1927
(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich	=	8 92 zł
		frei	=	8.93 zł
Berlin	100 zł		=	47.— Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.		=	213.— zł
	1 Dollar		=	8.92 zł
	100 zł		=	47.— Rmk.

Stellmacher in der Nähe der Ortschaft Cmok von Dytko verabschiedet hatte, sandte ihm der Bandit, welcher einen Revolver besaß, eine Kugel nach, die hart an dem Ohr des K. vorbeipfiff. Daraufhin wollte sich Kontny auf den Verbrecher stürzen und diesen entwaffnen, zog es aber schließlich doch vor, die Flucht zu ergreifen, da Dytko Anstalten traf, ihn mit weiteren Schüssen zu empfangen. Einige Wochen nach dem Vorfall begegnete der Stellmacher dem Banditen auf der Straße, welchen er verhaften ließ.

Im Monat Februar d. J. wurde gegen Dytko verhandelt und dieser trotz seiner Ausflüchte zu drei Jahren Zuchthaus wegen versuchtem Totschlag und Raubüberfall sowie wegen unerlaubten Waffenbesitz zu 2 Monaten Arrest verurteilt, da eine Schuld erwiesen war. Acht Jahre Zuchthaus hatte der Staatsanwalt beantragt.

Beim Wiederaufnahmeverfahren am vergangenen Sonnabend bestritt der Bandit wiederum jede Schuld, verneinte den Ueberfallenen zu kennen und erklärte, sich an dem fraglichen Tage in Sosnowitz aufgehalten zu haben. Der Angeklagte behauptete sogar, auf dem Heimwege aus Sosnowice selbst überfallen worden zu sein. Selbstverständlich konnte das Gericht den Aussagen des Dytko, welcher übrigens ein rigoroses Wesen zur Schau trug, keinen Glauben schenken, da dieser von Kontny wiedererkannt wurde, welcher auf mehrfaches Befragen den D. als Täter bezeichnete. Ebenso wurde der Bandit von der Verkäuferin als Begleiter des Kontny in dem betreffenden Laden wiedererkannt. Aus diesem Grunde wurde das Urteil als rechtskräftig anerkannt, Dytko bei Umwandlung der gegen ihn bereits vorliegenden Gefängnisstrafe von einem Jahre für ein anderes Delikt zu insgesamt 3½ Jahren Zuchthaus verurteilt.

Verlegung des Büros der Arbeitslosen-Organisation. Noch im Laufe dieser Woche soll das Büro der Selbsthilfe-Vereinigung für erwerbslose Kopf- und Handarbeiter von der ulica 3go Maja 19 in Kattowitz nach dem Soldatenheim (Dom Wojskowy), welches sich unmittelbar hinter der Badeanstalt, und zwar an der Markthalle, befindet, verlegt werden. Die Abfertigung der Mitglieder wird dortselbst in der gleichen Zeit wie bisher und zwar von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags erfolgen.

Wartesaal 3. Klasse wieder im Betrieb. Die Bahnhofs-Restauration 3. Klasse in Kattowitz ist nach erfolgter Restaurierung (Ausbesserung und Anbringung eines neuen Fußbodens usw.) zur Benutzung für Durchreisende wieder freigegeben worden.

1000 Zloty Belohnung für die Ergreifung des Defraudanten. Seitens der Kriminalpolizei werden unentwegt weitere Nachforschungen angestrebt, um den Aufenthalt des flüchtigen Bürodieners Adam Ruda, welcher die Direktion der Friedenshütte um den Betrag von 35 000 Zloty geschädigt hat, zu ermitteln. Nunmehr ist von der Kattowitzer Polizeidirektion eine Belohnung von 1000 Zloty für die Person ausgesetzt worden, welche den Polizeiorganen mit zweckdienlichen Angaben, die zur Ermittlung des Täters und seiner Komplicen führen, dienen kann. Wie es weiter heißt, ist auch die Hüttendirektion gewillt, eine weitere Belohnung von 10 Prozent der veruntreuten Summe auszuzahlen unter der Voraussetzung, daß die unterschlagenen Gelder wiederbeschafft werden.

Eine interessante Beleidigungsklage. Im „Pranger“ veröffentlichte Redakteur Jan Kustos vor Jahresfrist einen Artikel unter der Spitzmarke „Was soll das bedeuten?“ In dieser Notiz, welche sich gegen Gerichtsdirektor Dr. Herlinger richtete, wurde letzterem unter anderem mangelhafte Gesetzeskenntnis vorgeworfen. Dr Herlinger war seinerzeit Vorsitzender der Strafkammer in Tarnowitz und wurde in der Zwischenzeit zum Kattowitzer Landgericht versetzt. Jan Kustos, gegen welchen in dieser Beleidigungssache bereits einmal verhandelt wurde, erhielt eine Gefängnisstrafe von 10 Tagen, bei einer evtl. Umwandlung in eine Geldstrafe von 50 Zloty. Da Redakteur Kustos und die Staatsanwaltschaft Revision einlegten, wurde am Sonnabend in diesem Beleidigungsprozeß nochmals und zwar unter Vorsitz des Richters Zienkiewicz entschieden, da das Appellationsgericht in Warschau den beiden Anträgen stattgab und die Angelegenheit zur nochmaligen Verhandlung nach Aufhebung des Urteils überwies. Jan Kustos wurde nunmehr zu einer Geldstrafe von 200 Zloty beziehungsweise einer Gefängnisstrafe von 10 Tagen verurteilt.

Königshütte und Umgebung

Apothekendienst. Den Nachtdienst in dieser Woche versehen im nördlichen Stadtteil die Barbaraapotheke am Plac Mickiewicza (Bismarckring), im südlichen Stadtteil die Löwenapotheke, an der ulica Wolnosci (Kaiserstraße).

Wieder Falschgeld. In letzter Zeit wurden in Königshütte wieder falsche Zwanzig- und Fünfzlotyscheine in Umlauf gesetzt. Einige wurden bereits angehalten. In zwei Fällen wurde festgestellt, daß solche gefälschte Scheine von Juden in den Verkehr gebracht wurden. Während die Zwanzigzlotyscheine schlecht nachgemacht und leicht zu erkennen sind, haben die Fünfzlotyscheine mit den echten eine große Aehnlichkeit. Wer sich vor Schaden bewahren will, übe beim Empfang genannter Scheine Vorsicht.

Eine Karambolage. Infolge zu schnellem Fahrens stießen auf der ulica Wolnosci (Kaiserstraße) zwei Fuhrwerke zusammen, wobei die Händlerin Maria K. vom Wagen geschleudert wurde und erhebliche Verletzungen erlitt. Der Zusammenstoß wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Geldverlust. Einem gewissen T. H. aus Königshütte sind in einem Lokal an der ulica Stawowa 4 (Teichstraße) 45 Zloty auf eine ihm unbekannte Weise verloren gegangen. Aus diesem Grunde hatte er sich hilfesuchend an die Polizei gewandt.

Gegen das Kascheln. Die Königshütter Polizeidirektion macht bekannt, daß nach § 91 und 129 der städtischen Polizeiverordnung vom 26. Juli 1926 das Schlittenfahren, Kascheln, Schlittschuhlaufen und Werfen mit Schneebällen auf öffentlichen Plätzen und Straßen verboten ist. Gleichzeitig werden die Hausbesitzer sowie ihre Vertreter auf ihre Pflicht, die Wege und Bürgersteige mit Sand oder Asche zu bestreuen, aufmerksam gemacht.

Die Ch. D. zur politischen Lage

Der Parteirat der hiesigen Ch. D. hat an zwei Tagen in Kattowitz getagt und am vergangenen Donnerstag seine Beratungen beendet. Das Hauptreferat hielt der Sejmabgeordnete Korfanty und die Beschlüsse sind auch danach ausgefallen. Die Stellungnahme der Ch. D. zu der Regierung wird lediglich durch „sachliche“ Gesichtspunkte geleitet, sagt die Resolution, um aber in dem nächsten Satz zu sagen, daß die Regierung einseitig im Interesse einer Personengruppe vorgeht und die Politik der Rache und des wirtschaftlichen Boykotts verfolgt. Doch sind es zwei Faktoren, um welche die Ch. am stärksten besorgt ist, und zwar das Wachstum des inneren Feindes und der „bedrohte“ Klerikalismus. Die Ch. D. konstatiert, daß der innere Feind in erschreckendem Maße an Ausdehnung gewonnen hat. Die Schuld daran trägt das gegenwärtige politische System und die Taktik der „Sanacja Moralna“, welche die nationalen Versammlungen sprengt, verdiente Politiker und Beamten beseitigt, jeden freiheitlichen Gedanken durch Zuhilfenahme von Preßdekreten erdrückt, persönliche Freiheit aufhebt, die gesetzgebenden Körperschaften vergewaltigt. Die Regierung soll die intellektuellen und moralischen Kräfte der Nation heben, was aber nicht der Fall ist. In wirtschaftlicher Hinsicht wird das Volk durch Steuern bedrückt, der Fiskalismus gehegt und gepflegt und der Aufstieg der Produktion verhindert.

Daß die hiesige Ch. D. päpstlicher wird als der Papst selbst, ist bereits eine bekannte Sache. Der Schwarzrock übt in den Volks- und Mittelschulen die Funktion eines Aufsehers aus. Er ist dort zu jeder Zeit anzutreffen, so lange der Unterricht dauert. Für die Ch. D. ist das alles zu wenig. Sie möchte am liebsten die schlesische Schulabteilung gleich der bischöflichen Kurie unterstellen und die Kirchendiener als Lehrer fungieren lassen. Sie kann keinen ruhigen Schlaf finden wegen dem neuen Friedhofsgesetze, in welchem ein Krematorium vorgesehen ist. In Polen leben mindestens 10 Millionen Bürger, die nichtkatholischen Bekenntnisses sind und vielleicht haben diese Völker ein Verlangen nach einem Krematorium. Die Ch. D. will aber das „Vorrecht“ der katholischen Kirche wahren, die kein Krematorium haben will. Das ist aber kein Vorrecht, sondern eine klerikale Diktatur, von der die Ch. D. spricht, die letzten Endes für die Kirche selbst noch schlimme Folgen haben könnte. Man soll doch die Sache nicht zu arg treiben. Der Grundsatz: „Alles für die Kirche“ hat in Mexiko der Kirche schlecht angeschlagen, und wenn wir auch nicht in Mexiko leben, so sollte sich die Kirche hüten, den Bogen zu stark anzuspannen.

Hinsichtlich einer gemeinschaftlichen polnischen Wahlfront in Polnisch-Oberschlesien erklärt der Parteirat, eine gemeinsame Wahlfront mit der P. P. S. unter keinen Umständen einzugehen. Dabei beruft sich die Partei nicht auf die politischen Gegensätze, sondern auf die Bekämpfung der Kirche durch die P. P. S. Mit allen anderen polnischen Parteien wäre die Ch. D. geneigt, gemeinsam den Wahlkampf zu führen.

Helft den Blinden. Der Blindenverein der Wojewodschaft Schlesien, mit dem Sitz in Königshütte, hat am 1. Juli 1925 eine Sterbekasse ins Leben gerufen, um in Todesfällen den Hinterbliebenen seiner Mitglieder mit einer Begräbnisbeihilfe Beistand zu leisten. Da von den P[illegible] erklärlicherweise [illegible] sehr geringer Monatsbeitrag zu dieser Kasse erhoben werden kann, werden diejenigen unserer sehenden Mitbürger, welche noch ein Herz und Mitgefühl für die des Augenlichts Beraubten übrig haben, herzlichst um einen Beitrag zu der Kasse gebeten. Einzahlungen nimmt die Stadtsparkasse in [illegible] Huta (Sparbuch Nr. 493) entgegen. — Ferner unterhält der Blindenverein im städtischen Dienstgebäude an der ul. Glowackiego 5 eine Werkstatt, in welcher arbeitslose und mittellose blinde Stuhlflechter, Korbmacher und Bürstenmacher beschäftigt werden. Er kann dieser schönen und dankenswerten Aufgabe aber nur dann voll gerecht werden, wenn seitens der Bürgerschaft recht viel Arbeitsaufträge beim Verein eingehen. Der Verein bittet daher, ihn in seinen sozialen Bestrebungen dadurch zu unterstützen, daß ihm reparaturbedürftige Stühle und Körbe aller Art zur Reparatur zugewiesen werden. Ebenso werden auch Aufträge auf neue Korbwaren und Bürsten entgegengenommen, desgleichen Aufträge auf Stimmen und Reparatur von Klavieren. Helft den Bedauernswertesten unserer Mitbürger zu Verdienst und Ablenkung!

Myslowitz

Magistratssitzung. In der letzten Magistratssitzung wurde beschlossen, an allen Zufahrtstraßen zu der Stadt Tafeln mit der Aufschrift „Stadt Myslowitz anzuschlagen. — Zum Vorsitzenden des Schiedsgerichtes für das Jahr 1928 wurde der Myslowitzer Richter Liniewicz und als sein Vertreter der Myslowitzer Richter Dr. Alwin gewählt. — Zum Schöffen des Wohnungsschiedsamtes wurden 16 Schöffen aus der Liste der Mieter gewählt. Auffallend ist es, daß die Mieter, mit wenigen Ausnahmen, sich meistens aus reichen Kaufleuten, Gastwirten und aufsituierten Beamten zusammensetzen, denen es auf paar Zloty monatlich nicht ankommt.

Nach der Trauung zwei Ohrfeigen. Als am vergangenen Dienstag ein Brautpaar die Kirche verließ, traten an den neugebackenen Ehemann zwei Frauen heran. Die älteste versetzte dem jungen Ehemann zwei kräftige Ohrfeigen, die eine große Zahl von Neugierigen heranlockten. Wie sich nachträglich herausstellte, war die ältere Frau die Mutter und die jüngere die Schwester des jungen Ehemannes. Wahrscheinlich paßte der kampfmutigen Mama die Heirat des Sohnes nicht und als Ausfluß ihrer Mißstimmung waren die zwei Ohrfeigen.

Warum nur halbe Arbeit? Auf dem neuen Markte wurde endlich ein ganz morsches Haus, das dem Herrn Dr. Chrobok gehört, von den Einwohnern verlassen. Es fanden sich auch Arbeiter, die einen Teil des Hauses verschleppten. Das morsche Holz wurde ausgesucht und von den Armen weggetragen. Das Dach verschwand gänzlich. Heute stehen nur noch die Mauern, ohne daß sich jemand der Sache annimmt und den Schutt beseitigt.

Pfändungen. In den letzten Tagen wurden eine Reihe von Myslowitzer Kaufleuten und Gewerbetreibenden wegen Steuerrückstände gepfändet. Viele von ihnen konnten wirklich die Steuer nicht bezahlen, doch sind welche dabei, die wohlhabend sind. U. a. wurde das große Möbelunternehmen Robak wegen Steuerrückstände gepfändet. Herr Robak besitzt eine gutgehende Möbelfabrik, die er vor zwei Jahren neu gebaut hat. Außerdem besitzt er mehrere Möbelgeschäfte und einen Häuserkomplex. Die Mieter, die beim Herrn Robak wohnen, welcher unlängst aus dem Teschener Gebiet zugewandert kam, sind keine Arbeitslosen und auch keine Arbeiter. Die Miete fließt also pünktlich ein und die Fabrik wirft ebenfalls Gewinne ab.

Viehexport-Zentrale. Polen exportiert viel Vieh nach dem Auslande. Wien allein bezieht monatlich gegen 10 000 Stück Schweine aus Polen. Trotz des großen Exportes existiert in Polen keine Viehexportzentrale. Der Myslowitzer Magistrat hat sich an die Regierung in Warschau gewendet, um eine solche Exportzentrale in Myslowitz einzurichten. Die staatliche Ein- und Ausfuhrstelle hat zu der Errichtung der Viehexportzentrale in Myslowitz ihre Zustimmung erteilt. In der neuen Zentralna Targowica wird die Viehexportzentrale eingerichtet.

Pleß und Umgebung

Eine Jubiläumsuhr gestohlen. Auf der Bradegrube wurde dem Schrämer August Stachula seine Jubiläumsuhr, die er voriges Jahr erhielt, bei der Arbeit gestohlen. Der Vorfall wurde der Ober-Lazisker Polizei gemeldet. Der Verdacht war auf den Fördermann Richard Borowski aus Mokrau gerichtet. Trotz sofortiger Untersuchung blieb der Verdächtigte hartnäckig beim Leugnen. Durch die energische unermüdliche Nachforschung gelang es dem Polizeibeamten Sikora den Täter zu überführen und am dritten Tage schon wurde dem Bestohlenen die Uhr von der Polizei zugestellt.

Sportliches

Sport vom Sonntag.

Pogon Kattowitz — Diana Kattowitz 2:0 (2:0).

In den ersten Minuten dachte man, daß Pogon haushoch gewinnen wird, da doch die beiden Tore in den ersten Minuten fielen, doch langsam kommt Diana auf und das Spiel ist ausgeglichen. Pogon trat ohne dem Tormann Spallek an, welcher wieder zum 1. F. C. zurückgekehrt ist.

Kolejowy Kattowitz — Zalenza 06 3:3 (3:3).

Zu diesem Spiel traten beide Mannschaften in vollster Aufstellung an. Trotz der Hundekälte fanden sich ziemlich viel Zuschauer ein. Schon in den ersten zehn Minuten stand das Spiel 2:2, welches von der Schwäche der Torleute sowie der Verteidigung zeugt. Bis zur Halbzeit stand das Endresultat fest. In der zweiten wurde das Spiel chaotisch und der Spieler bemächtigte sich eine Nervosität. Bei Kolejowy war der beste Mann Geisler, bei Zalenze wieder Großmann in der Verteidigung. Schiedsrichter Hettwer zeigte große Sympathien für Zalenze 06.

Kolejowy Res. — Zalenze 06 Res. 6:6.

Amatorski Königshütte — Sportfreunde Königshütte 4:4 (2:3).

Die Sportfreunde hatten mehr vom Spiel, vor allem hatten sie einen besseren Ballstart und spielten mit großer Ambition. Technisch dagegen war Amatorski besser. Tore erzielten für A. K. S. Klossek 2. Duda und Janetzek je eins. Für Sportfreunde Kamler und Filwich.

Slowian Kattowitz — Kresy Königshütte 5:0.

Bogutschütz 20 — Slonsk Tarnowitz 5:1.

Orzel Josefsdorf — Naprzod Zalenze 2:0. In der zweiten Halbzeit wurde das Spiel abgebrochen, da sich die Spieler von Naprzod auf den Schiedsrichter warfen und ihn schlugen.

Rosdzin-Schoppinitz — Pogon Nowy Bytom 3:1. Das Spiel, welches sehr fair durchgeführt wurde, war bis zum Schluß ausgeglichen, und der Sturm der Rosdziner hatte vor dem Tor mehr Glück und dadurch auch den Sieg für sich buchen konnten.

Slavia Ruda — Ruch Bismarckhütte 2:0. Ein bravouröses Spiel beider Torleute, welche die schwersten Sachen klärten. In der ersten Halbzeit war das Spiel ausgeglichen, in der zweiten hatte Slavia eine kleine Ueberlegenheit.

Slavia 1. Jgd. — Ruch 1. Jgd. 1:1.

Rosdzin-Schoppinitz Res. — Pogon Res. 3:4. Durch diesen Sieg hat die Reservemannschaft von Pogon Nowy Bytom die Meisterschaft der Reserve in der B-Klasse gewonnen.

Odra Scharley — Unja Strzybnica 17:0 (8:0). Spiel um die Meisterschaft der Klasse B. Dieses Spiel zeugt von der Klasse der Odra-Mannschaft, welche schon längst in die B-Klasse gehört.

Zgoda Bielschowitz — Unja Kunzendorf 2:1.

Warta Posen — Pogon Lemberg 7:0.

Wie schützt man sich vor einem Ueberfall?

Eine interessante Vorführung wird heute Montag vor den Ringkämpfen in der Eremitage gezeigt. Der belgische Polizeiinstrukteur Alfons Stenos wird den japanischen Abwehrkampf im Jiu-Jiutsu zur Selbstverteidigung vordemonstrieren. Der Jiu-Jiutsu-Kampf hat keinen Angriff, sondern dient einzig zur Verteidigung. Er unterliegt der genauen Orientierung, wo sich manche Nerven befinden, welche beim leichtesten Druck oder Schlag den Menschen vorübergehend schwächen. Vor allem stützt sich der Jiu-Jiutsu bei Ueberfällen auf Unterbindung von verschiedenen Fallen.

Heute Montag ringen folgende Paare: Willing — Stenos, Stekker — Borowiak, Peteren — Szczerbinski und Brylla — Leinen bis zur Entscheidung.

Deutsch-Oberschlesien

Das Verbrechen im Miechowitzer Walde. Am Sonnabend wurde der Wald an der Stelle, an der die spurlos verschwundene Grubenarbeiterfrau Bialaschek zum letzten Male gesehen wurde, von Kriminaldirektor Dr. Schupke, Kriminalpolizeirat Fischer, Kriminalkommissar Finke und mehreren Kriminalbeamten in Augenschein genommen. Die Kriminalpolizei entwickelt eine fieberhafte Tätigkeit, um den Fall aufzuklären. Da zweifellos ein Verbrechen vorliegt, die Absuchung des Waldes aber bisher ergebnislos verlaufen ist, so soll der Wald nach einer anderen Richtung abgesucht werden und zu der Absuchung Schupo bezw. Reichswehr herangezogen werden. Ungefähr zu derselben Zeit, als Frau Bialaschek in der Nähe des Nimptschschachtes von einem Manne gesehen wurde, sind zwei andere Frauen, die sich ebenfalls auf dem Wege nach Stollarzowitz befanden, von einem gedeckten Auto überholt worden. Das Auto blieb stehen und ein großer stattlicher Mann entstieg ihm, der sich erbot, die beiden Frauen, direkt an ihr Ziel zu fahren. Obwohl das Angebot abgelehnt wurde, redete der Mann weiter auf die beiden Frauen ein, bis er schließlich wieder weiter fuhr.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“ Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

Die Lage in Litauen

Das Land, wo Bibelzitate konfisziert werden.

Riga, im November.

Der nach Polen geflüchtete ehemalige litauische Landtagsabgeordnete Poplauskas, der in einem Wilnaer Blatte die Regierung Woldemaras heftig angriff, behauptete unter anderem, daß das ganze litauische Volk einen Aufstand erwarte. Vielleicht ist dies eine Uebertrebung, Tatsache ist jedoch, daß die innenpolitische Lage Litauens nichts an Spannung verloren hat. Nach wie vor hält die Militärdiktatur das Heft in Händen und betrachtet die Feldgerichte als ihre zuverlässige Stütze.

Bezeichnend für die Lage in Litauen ist, daß selbst die Polizei bei den Herrschenden kein allzu großes Vertrauen genießt, da sie der Lauheit in der Bekämpfung der revolutionären Bewegung bezichtigt wird. Und wirklich gab es Fälle, wo die Polizei mit den Häftlingen sympathisierte. Die ganze Macht liegt daher in den Händen faschistischer Offiziere, die sich ihre Mitarbeiter aus den Reihen der extremrechten Organisationen wählen. Die Anzeige eines beliebigen Faschisten genügt, damit eine Person verhaftet und so lange geschlagen und gefoltert wird, bis sie ein „Geständnis" ablegt. Es verdient, vermerkt zu werden, daß nicht nur Anhänger der linken Parteien, sondern nicht selten selbst die Christlichdemokraten unter der allgemeinen Verfolgung zu leiden haben. Auch die Immunität der Landtagsabgeordneten wird nicht geschont. Insbesondere ist es die Fraktion der Sozialdemokraten, die unter den Repressalien am meisten gelitten hat. Drei Abgeordnete schmachten im Konzentrationslager, vieren droht das Feldgericht, während weitere vier ins Ausland geflüchtet sind. Zusammen mit dem erschossenen Abgeordneten Mikulski hat somit die sozialdemokratische Fraktion zwölf Mann aus ihrer Mitte verloren.

Man kann auch nicht sagen, daß das Wüten der faschistischen Offiziere die Disziplin in der Armee gehoben hat. Es wird jetzt bekannt, daß die ersten Todesurteile nach dem Aufstand von Tauroggen von verkleideten Kriminalverbrechern vollstreckt wurden, da die Soldaten dem Befehl nicht Folge leisten wollten.

Die Knebelung der Presse dauert an. Das Wüten der Kriegszensur kennt keine Grenzen. Jeder Kreiskommandant oder Kreischef hat hierin vollständig freie Hand. Gewöhnlich werden zwei Drittel der Artikel zusammengestrichen, jede Polemik mit der Regierungspresse, ja selbst das Anführen von Bibelzitaten ist verboten. An Stelle der Leitartikel findet man in der Oppositionspresse die lokale Chronik oder aber — Fahrpläne.

Nicht besser steht es um die Versammlungsfreiheit, die nur noch in der Erinnerung existiert. Das Vereinsleben ist tot. Selbst Vorträge über die Bekämpfung der Tuberkulose sind untersagt. Unter diesen Umständen greift die Gärung im Lande immer mehr um sich. Täglich findet man Aufrufe des „Komitees zur Rettung Litauens", worin zum offenen Aufstand gegen die Regierung aufgerufen wird.

Auch die litauischen Auslandsemigranten sind nicht untätig. So fand jüngst in Riga ein litauischer Emigrantenkongreß statt, der in mehr als einer Hinsicht Beachtung verdient. Das große Ereignis bildete die Auseinandersetzung zwischen der Rigaer und der Wilnaer litauischen Emigrantengruppe. Der Sprecher der Rigaer Gruppe bezichtigte nämlich die Wilnaer, daß sie sich in ihren Entschlüssen von Polen haben beeinflussen lassen. „Polen nützt die Notlage der Emigranten aus und spannt sie vor seinen Wagen!" rief er unter ungeheurem Tumult aus.

Der Sprecher der Rigaer Gruppe berichtete sodann von einem Gespräch, welches er vor einigen Tagen in Riga in Gegenwart des polnischen Gesandten Lukasiewicz mit dem Führer der polnischen Kleinbauern Polakiewicz hatte. Beide hätten die Ansicht ausgesprochen, daß die litauischen Emigranten auf ihrem Kongreß den Friedenszustand mit Polen erklären müßten, in welchem Falle ihnen die polnische Demokratie und die polnische Staatsgewalt im Kampfe gegen den Faschismus in Litauen zu Hilfe kommen würden.

Diese Enthüllungen schlugen wie eine Bombe ein und lösten bei einem Teil der Anwesenden einen Sturm der Entrüstung aus. Wohl wurden sie am nächsten Tage — was den angeblichen Hilfsvorschlag der polnischen Regierung anlangt — vom polnischen Gesandten dementiert. Trotzdem kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß Polen mit den litauischen Emigranten sympathisiert und — offen oder geheim — gegen die litauische Regierung arbeitet.

Diese Regierung ist eben, trotz aller Gewaltanwendung außenpolitisch wie innenpolitisch gleich schwach. Das zeigt sich in der Frage des Referendums, dessen Termin noch immer nicht festgesetzt ist. Die Gründe hierfür dürften darin zu suchen sein, daß die Regierung keineswegs überzeugt ist, daß der neue, das Parlament fast völlig ausschaltende Verfassungsentwurf eine Mehrheit finden würde. Deshalb hat der Ministerpräsident erklärt, daß selbst bei einer Beteiligung von nur zehn Prozent der Wahlberechtigten das Referendum trotzdem gültig sein würde. Aber selbst wenn das Referendum den für die Regierung erwünschten Ausgang haben sollte, bedürften sowohl die Wahl des vorgeschriebenen Wählerkontingents, was bei andauernder Gegnerschaft sämtlicher Oppositionsparteien kaum aufzubringen sein wird. Die Isolierung der Regierung hat sie darum veranlaßt, mit den Christlichdemokraten und dem Bauernbund Verhandlungen über eine gemeinsame Arbeitsgrundlage aufzunehmen. Vorläufig noch ohne Erfolg.

Kriegstreiber am Werk

Von Ernst Reinhardt, Bern.

Frankreich schließt mit Jugoslawien einen Freundschaftsvertrag, und aus dem Italien des Tirana-Vertrages und der Flottendemonstration von Tanger ertönen die wütendsten Proteste. Mit fast dankenswerter Schärfe zeichnet die italienische faschistische Presse den weltpolitischen Gegensatz: eine Kraftlinie von Paris über Belgrad nach Prag und vielleicht nach Warschau, die anderen mehr aggressiven Charakters, sie aber gleichzeitig kreuzend, von London nach Madrid über Rom und Budapest. Der Faschismus hat vollständig recht: die Welt, wenigstens Europa, teilt sich schon in zwei Lager, und die Prophetie Mussolinis scheint recht zu behalten, daß wir nur noch sieben Jahre vor dem nächsten Weltkrieg stehen.

Drei Dinge aber gibt es, die sich in diesem wüsten Treiben besonders scharf herausheben: der Faschismus benützt das Organ der italienischen faschistischen Gewerkschaften, um die ungezügeltste Sprache zu führen. Die Welt soll glauben, daß die italienische Arbeiterschaft nicht nur restlos vor dem Imperialismus Mussolinis kapituliert habe, sondern sogar führend in der Politik geworden sei. Das ist die erste bewußte Täuschung.

Das andere aber, Täuschung und Mißbrauch zugleich, widerfährt dem Völkerbund. Alle Verträge werden bei ihm registriert; ihre Hinterlegung in Genf soll ihren friedlichen Charakter beweisen, soll nachdrücklich feststellen, daß die Diplomatie von ihren alten Geheimmethoden abgerückt ist. Aber die Hinterlegung in Genf raubt den Verträgen ihren Kriegscharakter nicht, nimmt der Argumentation der Faschisten nicht im geringsten die Kraft und verhindert auf keinen Fall, daß die Verträge Ausdruck der feindlichen Scheidung in zwei kriegerische Lager der Welt sein müssen. Die Deposition verhindert nicht, daß nach wie vor die Diplomaten geschäftig von Hauptstadt zu Hauptstadt reisen, daß Briefe getauscht, Zusatzabkommen abgeschlossen werden, welche die alte Geheimdiplomatie in ihrer Sünden Maienblüte wieder aufleben läßt.

Das ungehinderte Fortleben der Geheimdiplomatie ist das dritte und vielleicht das gefährlichste Merkmal dieser Verträge. Als der Völkerbund geschaffen wurde, gab ihm Wilson in seiner großen Rede vom 2. April 1917, und in jener anderen, welche das Friedensangebot an die Zentralmächte darstellte, die Bestimmung mit, daß er die Welt reif machen solle zur Demokratie und daß er die Geheimdiplomatie auf immer verurteilen müsse. Und hier stehen wir nun, besinnen uns auf Versprochenes und Gewünschtes, und fragen, wo sind wir denn nun wirklich weitergekommen? Ist der Weltfriede gesicherter als er vor 1914 war, sind die Verträge trotz Locarno, trotz Genf, trotz eines Ostpaktes, trotz der von Paul Boncour unablässig geforderten Sicherheit der Nationen weniger kriegerisch geworden? Bedeutet nicht der Abschluß eines Vertrages mit Belgrad wenige Tage nach der prahlerischen Demonstration der italienischen Geschütze, wenige Tage nach dem Vertrage von Tirana, der Albanien zum Operationsfeld faschistischer Armeen herunterdrückt, die Zusammenarbeit französischer und jugoslawischer Geschütze an der italienisch-albanischen und an der italienisch-französischen Grenze für den Fall, daß der provozierte Krieg Tatsache wird? Hat die Geheimdiplomatie zugunsten einer offenen Verhandlung internationaler Angelegenheiten auf demokratischem Wege wirklich abgedankt?

Die imperialistischen Gegensätze von 1914 sind im Kern dieselben geblieben. Sie haben sich auf andere Staaten übertragen, aber ihre wirtschaftliche und politische Struktur im Wesen nicht geändert. Und darum sind auch die Mittel dieselben geblieben.

Die Arbeiterschaft fast aller Länder hat sich aus der Außenpolitik hinausdrängen lassen, und wo sie sich an ihr beteiligt, läßt sie sich die Marschroute von nationalen Gesichtspunkten vorschreiben, die beklagenswerterweise unbemerkt diejenige der Imperialisten ist. Sie hat es zugegeben, daß in Genf die Imperialisten den Völkerbund als internationale Kraft ausschalten, so wie sie aus der Außenpolitik ihre eigenen Völker und die Arbeiterschaft als mitbestimmenden Faktor ausgeschaltet haben. Sollen die neuen Kriegsverträge nicht zum Kriege führen, soll Mussolini mit seiner drohenden Prophetie nicht recht behalten, dann bleibt der Arbeiterschaft in letzter Stunde vielleicht nur das möglich: zu versuchen, daß jene wirtschaftlichen Organisationen, welche die Außenpolitik des Völkerbundes letzten Endes bestimmen, unter öffentliche Kontrolle, wenn nicht unter öffentliche Verwaltung gestellt werden. Es ist ihre Aufgabe, die sie in ihrer Tiefe erfassen muß, wenn anders sie nicht selbst zugrunde gehen will, jenen Mächten, die nach dem grauenvollen Erlebnis des letzten Weltkrieges ud nach den heiligen Versprechungen, die man in höchster Not ablegte, immer wieder die alten Methoden und die alten niederträchtigen Schleichwege gehen, das Handwerk gründlich zu legen.

„Wirtschaftsfrieden"

Nichts kann der Idee der wahren Wirtschaftdemokratie so sehr schaden, wie allgemeine Redensarten über den Wirtschaftsfrieden. Solche Ausführungen geben den Unternehmern die Möglichkeit, im Trüben zu fischen, und sie versetzen die gegnerische Presse aller Richtungen in die Lage, an Hand allerlei unkontrollierbarer Gerüchte die Kapitulation der „Reformisten" vor dem Kapital zu melden. Besonders deutlich zeigt sich dies in neuester Zeit bei den Meldungen über wirtschaftsfriedliche Bestrebungen in England, die von christlichen, kommunistischen und bürgerlichen Blättern des Kontinents so gedeutet werden, als ob sich die Unternehmer und Arbeiter in England buchstäblich in den Armen lägen. Es kann deshalb von Nutzen sein, den wahren Sachverhalt einmal näher darzulegen.

Schon auf dem britischen Gewerkschaftskongreß wurden die Friedensheucheleien Baldwins dahin beantwortet, daß er seine Gesinnung am besten durch die Zurückziehung der gegen die Gewerkschaften gerichteten Verordnungen zeigen könne. Im übrigen führte Hicks in seiner Rede als Präsident des T. U. C. eine deutliche Sprache, indem er zu verstehen gab, daß er sich unter der gegenseitigen Annäherung eine bessere Ausnützung der Maschinerie für gemeinsame Besprechungen zwischen Unternehmern und Arbeitern zur zweckmäßigeren Organisation der Industrie denke. Dies bedeutet, daß nach etwas gestrebt werden soll, was gerade die besonders in Betracht kommenden Unternehmer durch allgemeine Redensarten zu umgehen versuchen: eine vernünftigere Organisation der ganzen Wirtschaft. Bei der Art und Weise, wie nun englische Unternehmer über den Wirtschaftsfrieden reden, können auf ihre schönen Worte leicht die Taten der deutschen Unternehmer folgen, die auf ihrer vorletzten und letzten Tagung ebenfalls sehr versöhnliche Töne anschlugen, um dann unmittelbar nachher die schärfsten Seiten aufzuziehen und Kampffonds, Gefahrengemeinschaften, Schutz- und Trutzbündnisse zu organisieren, die auf die schlimmsten Anfälle schließen lassen. In dieser Beziehung wissen die Unternehmer sehr gut, was sie wollen, hingegen hat sich noch kein Unternehmer klar darüber ausgesprochen, was er sich eigentlich praktisch unter einem Wirtschaftsfrieden vorstellt, der für beide Teile erträglich und nicht nur ein einseitiger Verzicht der Arbeiter ist.

Dies gilt auch für die Friedensbestrebungen, die nun in England der große Chemieindustrielle Sir A. Mond einleitete. Mond schlug allerdings eine Art Betriebesrätesystem vor. Ueber die Befugnisse dieser Räte, von denen alles abhängt, wird jedoch nichts deutliches gesagt. Was die von ihm erwähnte Gewinnbeteiligung der Arbeiter in Form von Aktienbesitz betrifft, so kann sie zusammen mit diesen Betriebsräten und einer Art Klassierung der Arbeiter zu jenen patriarchalischen Werkgemeinschaften resp. „Company-Unions" führen, von denen z. B. in Deutschland selbst die Christlichen nichts wissen wollen und gegen die die sicher wirtschaftsfriedlichen amerikanischen Gewerkschaften in letzter Zeit einen besonders scharfen Kampf führen. Aber selbst wenn Mond die besten Absichten hätte, so würden seine Vorschläge nicht an den Kern des Problems rühren, da sie nicht über die Grenze seiner Unternehmen hinausreichen. Die chemische Industrie, für die Mond speziell spricht, nimmt eine Ausnahmestellung ein. Sie ist technisch gut organisiert, arbeitet nach modernen Methoden und macht gute Geschäfte. Wenn der englischen Wirtschaft auf die Beine geholfen werden soll, so muß jedoch die Aufmerksamkeit den alten, kranken Industrien gelten (Kohle, Eisen, Schiffs- und Maschinenbau, Wolle und Baumwolle). In diesen Industrien muß sich der gute Wille zur Beseitigung des Schlendrians der Unternehmer zeigen. Eine allgemeine Besserung kann da nur eintreten, wenn von befugten Instanzen auch allgomeine Maßnahmen getroffen werden.

Diese Ansicht brachte auch Citrine, der Generalsekretär des britischen Gewerkschaftsbundes, kürzlich in einer Rede deutlich zum Ausdruck, indem er versuchte, die Frage vom Niveau spielerischer Andeutungen ins Feld der praktischen Behandlung seiten der befugten Instanzen zu bringen: „Wenn auf dem Gebiete der Herbeiführung besserer Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern irgend etwas Nützliches geleistet werden soll," sagte er, „so kann dies nur auf dem Wege über die verantwortlichen Organisationen der Unternehmer und Gewerkschaften erfolgen." Fast gleichzeitig mit dieser Rede wurde von den Unternehmern eine Antwort erteilt, die über ihre Ansichten keine Zweifel mehr offen läßt. Denn es geht aus ihr hervor, daß die Unternehmerföderation zu keiner Sitzung mit dem Generalrat des T. U. C. bereit ist. Hingegen wird gesagt, daß der Schwerpunkt der wirtschaftsfriedlichen Bestrebungen in die individuellen Industrien verlegt werden müsse und dort der Boden sei, wo „im täglichen Kontakt in den Betrieben und Organisationen für den Wirtschaftsfrieden gewirkt werden soll." Auch hier zeigt sich wieder, daß die Unternehmer nicht fähig oder nicht willens sind, die Wirtschaft als Ganzes in den Bereich ihrer Betrachtungen und Pläne zu ziehen. Ihre Devise lautet: „Jeder sehe wo er bleibe, und wer steht, daß er nicht falle".

Wenn man jedoch prüft, wie der Wirtschaftsfrieden in den „individuellen" Industrien aufgefaßt wird, so kann man feststellen, daß die Unternehmer noch nie so scharf vorgegangen sind, wie gerade in neuester Zeit, d. h. seit sie so oft von Wirtschaftsfrieden sprechen. Aussperrungen sind dabei fast häufiger als Streiks, und „Wirtschaftsfrieden" bedeutet Lohnherabsetzungen, Arbeitszeitverlängerungen und — wenn möglich — Zerstörung der Gewerkschaften. Dies gilt auch für Industrien, die nicht einmal den Einwand erheben können, daß ihre Lage besonders schlecht sei. Gleichzeitig mit Berichten über die Besserung der Wirtschaftslage in Deutschland, England, Frankreich, der Schweiz usw. geht eine Welle von Arbeitskämpfen über ganz Europa. Zehntausende von Arbeitern aller Berufe stehen zur Zeit im Kampf, Hunderttausende werden ausgesperrt. Selbst in Amerika, wo angeblich in diesem Jahre alle Gewinnrekorde geschlagen werden, stellen die Richter Zwangsurteile auf, die die ganze Arbeiterschaft zum Protest herausfordern. So sieht es mit dem Wirtschaftsfrieden in der Praxis aus!

Daß dabei vielfach auch die Arbeiter der angreifende Teil sind, ist angesichts ihrer derzeit besonders schlechten Lage natürlich. So lange die kapitalistische Wirtschaft bestehen wird, werden die Arbeiter um einen höheren Anteil am Arbeitsertrag und die Unternehmer in menschlichem oder auch unmenschlichem Egoismus um noch höhere Gewinne kämpfen. Es gibt jedoch Momente, die über diese natürlichen Instinkte hinausgehen und diese sind es, die einen Prüfstein bilden in der Stellungnahme zum „Wirtschaftsfrieden". Abgesehen vom vorhin erwähnten Kampf ist nämlich zu prüfen, wer bereit ist, im Interesse der Gesamtwirtschaft zu einem gewissen Maß möglicher und nützlicher Zusammenarbeit zu gelangen. Und da zeigt es sich, daß die Unternehmer immer noch nicht imstande sind, auch nur im geringsten über den Kreis ihrer privatwirtschaftlichen Ziele und Gewinne hinaus nach dem Wohl der ganzen Volkswirtschaft zu sehen, oder, wie es wissenschaftlich heißt, nach dem „funktionellen Wirtschaftszusammenhang eines Volkskomplexes, von dessen Wohl und Wehe letzten Endes nicht nur wieder die Privatwirtschaft, sondern in hohem Maße auch die soziale, moralische und geistige Entwicklung eines Kreisses wirtschaftender Menschen abhängt".

Um dieses Wohl muß es gehen und geht es, wenn die Arbeiter über Wirtschaftsfrieden und Wirtschaftsdokumente sprechen. Dies hat in England auch Citrine deutlich zum Ausdruck gebracht, indem er sagt: „Ich glaube nicht, daß die Gewerkschaften je in dem Sinn mit dem Kapitalismus Frieden schließen können, daß sie sich zu einem System verstehen, bei dem die wirtschaftlichen Unternehmungen, die unser nationales Leben stützen, in den Händen und unter der Kotrolle unverantwortlicher Gruppen reicher Leute sind. Dies setzt jedoch nicht eine Politik katastrophaler Revolution oder blinder, zerstörender Wut gegen die jetzige Wirtschaftsordnung voraus, sondern es sollen vielmehr die organisierten Kräfte der Arbeiter zu einer zweckmäßigen Zusammenarbeit in der Förderung wirksamerer Produktionsmethoden unter Ausschaltung unnötiger Reibungen und Konflikte verwendet werden, um den allgemeinen Wohlstand und den sozialen Lebensstandard zu erhöhen, sowie die Arbeitsbedingungen zu verbessern."

Wenn die Unternehmer davon nichts wissen wollen, so zeigen sie, daß ihnen eben weiterhin jegliches Verständnis für die Gesamtwirtschaft, von der auch letzten Endes sie abhängig sind, abgeht. Und deshalb müssen sie durch bittere Erfahrungen und durch die Standhaftigkeit und den Ausbau der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zu dieser Einsicht gezwungen werden.

Das chinesische „Chaos"

Das chinesische Volk hat den gewaltigen Kampf um seine Freiheit aufgenommen, um die Freiheit, die ihm von den verschiedenen imperialistischen Mächten im Laufe der letzten 80 Jahre unter Anwendung beispielloser Grausamkeiten geraubt wurde. Es war vorauszusehen, daß eine derartige Bewegung, wie sie in den letzten Jahren das chinesische 400-Millionen-Volk erfaßt hat und die mit Sicherheit die Neugestaltung der politischen Verhältnisse in der ganzen Welt außerordentlich stark beeinflussen wird, seitens der imperialistischen Presse nicht gerade mit besonderer Genugtuung begrüßt werden würde. Die verflossenen Monate boten denn auch reichlich Gelegenheit, die verschiedenen Praktiken der imperialistischen Propaganda-Zentralen kennen zu lernen, unter denen sich die nach einem einheitlichen Plane arbeitende englische Jingo-Presse besonders hervortut. Es darf dies nicht verwundern, denn es ist ja noch allseits in Erinnerung, in welcher Weise der Gewaltige des englischen Zeitungswesens, Lord Northcliffe, den „Lügenkrieg" gegen Deutschland während des Weltkrieges inszenierte. Während die chinesische Freiheitsbewegung ursprünglich ziemlich ignoriert wurde, ging man nach dem Beginn der siegreichen Nordexpedition dazu über, die chinesische Nationalrevolution als von Moskau bestelltes und bezahltes bolschewistisches Unternehmen zu diskreditieren. Inzwischen sind die Kommunisten aus der Kuomintang ausgebootet worden. Es geht also nicht an, jene elementare Volksbewegung in China weiterhin als Werk einiger von Moskau ausgehaltener Agitatoren hinzustellen. Nunmehr setzt eine neue Taktik ein. „Das chinesische Chaos", „Die Anarchie in China" und ähnlich lauten die Ueberschriften der zahlreichen Artikel, die dem europäischen Leser beweisen sollen, daß die chinesische Revolution ein Kampf aller gegen alle sei, entfacht von Pilitikern und Generälen aus

persönlichem Ehrgeiz, und daß diese Bewegung nur insoweit ernst genommen werden dürfe, als der Export der europäischen Waren nach China in Mitleidenschaft gezogen würden. Wenn man diesen Artikeln Glauben schenken wollte, so kann die „Ordnung“ in China nur durch die Anwesenheit recht starker ausländischer Streitkräfte aufrecht erhalten werden.

Diese Argumentation zeigt sich aber bei näherer Betrachtung als recht fadenscheinig. Gewiß, die chinesische Revolution vollzieht sich nicht so geradlinig, wie man es im Interesse des chinesischen Volkes wünschen möchte; wie in jedem Kampf, gibt es auch hier Niederlagen und Rückschläge. Es kann auch nicht bestritten werden, daß die bedauerliche Spaltung der nationalrevolutionären Bewegung diese vorübergehend gelähmt hat und daß, wie stets in solchen Situationen, allerhand zweifelhafte Politikanten auch diese Volksbewegung für ihre selbstsüchtigen Zwecke auszunützen trachten. Aber solche Erscheinungen sind wirklich nicht „typisch chinesisch“, wie uns jene antichinesische Propaganda glauben machen will. Es wird glaubhaft versichert, daß auch in Europa ähnliche Vorkommnisse beobachtet worden sein sollen. Warum also die chinesische Revolution für jene Schwierigkeiten verantwortlich machen, die nicht nur ihr eigentümlich sind und deren Regisseure mit größter Wahrscheinlichkeit gar keine Chinesen sein dürften? Wer hat zuerst die chinesischen Militaristen gekauft und das Land in einen Bürgerkrieg stürzen lassen, der, wenn die Revolution nicht siegreich bleibt, das Land zum Ausbluten und zur wirklichen Anarchie bringen wird? Waren es nicht die Imperialisten, die sich Tschangtsoling, Wu Peifu, Sun Tschuanfang, Tschang Tsungtschang und andere kauften? Wer hat das größte Interesse daran, daß China für die nächste Zeit nicht mehr zur Ruhe kommt? Diese Fragen stellen, heißt schon sie beantworten. Der Imperialismus, der China politisch und wirtschaftlich versklavt hat, fürchtet nichts mehr als ein freies, geeintes China, das die Ketten der ungleichen Verträge wohl ohne große Anstrengung abstreifen würde. Das Chaos in China stellt sich somit nicht als eine Wirkung der Nationalrevolution, sondern als Ergebnis der imperialistischen Methoden zur Niederhaltung eines gewaltigen, an Menschen und Bodenschätzen reichen Landes dar. Immerhin steht zu hoffen, daß die augenblickliche bedauerliche Zerklüftung der nationalen Freiheitsbewegung bald liquidiert sein wird, damit das Werk Sun Yat Sen's, des Vaters der chinesischen Revolution, endlich vollendet werde. Die neuesten Nachrichten, denen zufolge die ultralinke Hankou-Regierung durch die Nankingtruppen nunmehr endgültig ausgeschaltet zu sein scheint, dürften den Beginn dieser Liquidation ankündigen.

(Chinesische Nachrichten-Agentur.)

Der Werdegang des Arbeitszeitgesetzes in Deutschland

In seiner Begutachtung der Gesetzentwürfe, die im Rahmen des Arbeitszeitschutzgesetzes zusammengefaßt wurden, hat der deutsche vorläufige Reichswirtschaftsrat verschiedene Verbesserungsanträge der Arbeitnehmer abgelehnt. In bezug auf den Paragraphen, der die regelmäßige Arbeitszeit auf acht Stunden täglich oder 48 Stunden wöchentlich, ausschließlich der Pausen, festlegt, verlangte die Arbeitnehmergruppe, daß als Arbeitswoche ein Zeitraum von 7 Tagen, einschließlich des Sonntags, verstanden werde und außerdem festere Pausenvorschriften erlassen werden. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Das gleiche gilt für einen Arbeitnehmerantrag, wonach das in Betrieben mit ununterbrochener Arbeit zugelassene Zweischichtensystem durch das Dreischichtensystem mit der 48-Stundenwoche ersetzt werden soll. Hingegen wurde eine Resolution angenommen, die den Arbeitsminister auffordert, das Zweischichtensystem nur dort noch bestehen zu lassen, wo die volkswirtschaftliche Notwendigkeit gegeben ist

Was die Mehrheit betrifft, so läßt der Entwurf 60 Stunden innerhalb eines Jahres zu freier Verfügung des Arbeitgebers und weitere 240 Stunden Mehrarbeit im Jahr nach tarifvertraglicher Vereinbarung zu, in beiden Fällen bis täglich zwei Stunden und wöchentlich 12 Stunden. Die von Arbeitgeberseite beantragte Erweiterung der Mehrarbeitsstunden auf 600 wurde abgelehnt, ebenso auch ein Antrag der Arbeitnehmer auf Einschränkung der 240 Stunden auf 120 Stunden. Eingeführt wurde eine Bestimmung, wonach eine Ueberschreitung der 60 Mehrheitsstunden auch aus betriebstechnischen Gründen, insbesondere bei Betriebsunterbrechungen durch Naturereignisse, Unglücksfälle oder andere unvermeidliche Störungen zuzulassen ist.

Angenommen wurde ferner ein Antrag auf Einführung einer zwölfstündigen Minimalruhezeit für Angestellte.

Republik Polen

Die Tragödie eines Lodzers. Vor dem Kriege bestand in Lodz die bekannte Hülsenfabrik von Silberstein und Sternfeld, bei der ein gewisser Samuel Glaser als Reisender beschäftigt war. Glaser lernte auf einem Balle die Tochter seines Chefs, Bronia Silberstein, kennen. Nach einiger Zeit überredete er das Mädchen, mit ihm nach Warschau zu fahren und dort die Trauung zu nehmen. Der Vorsatz wurde ausgeführt und die Eltern vor die vollzogene Tatsache gestellt. Als der Krieg ausbrach, bankrottierte die Firma und die beiden Inhaber wurden wegen Wechselfälschung unter Anklage gestellt. Sternfeld beging Selbstmord, indem er sich aus einem Fenster des 5. Stockes auf die Straße stürzte. Silberstein dagegen konnte mit Tochter und Schwiegersohn nach Deutschland fliehen. Dem Ehepaare Glaser ging es in Berlin mehrere Jahre hindurch sehr schlecht, bis es Glaser gelang, in einem Cafee eine Anstellung als Kellner zu erhalten. In demselben Hause, in dem das Paar wohnte, besaß auch ein reicher Grieche eine große Wohnung. Man wurde miteinander bekannt, so daß der Grieche oft seine Zeit in Gesellschaft der beiden zubrachte. Bald jedoch schöpfte Glaser Verdacht und es kam zu einer Szene, die zur Folge hatte, daß die Frau zu dem Griechen übersiedelte. Auf eine Scheidung von ihrem Manne wollte sie sich aber nicht einlassen. Der Grieche begab sich zu einer Wahrsagerin, die ihm erklärte, daß seine Geliebte ihren Mann nicht vergessen könne und zu ihm zurückzukehren beabsichtige. Der heißblütige Grieche, der um jeden Preis im Besitz der Frau bleiben wollte, faßte den Entschluß, seinen Rivalen aus dem Leben zu schaffen. Er begab sich in dessen Wohnung, wo er ihm, der vom Nachtdienst ausruhte, ein Messer in den Rücken stieß. Der Dolchstoß hatte den sofortigen Tod zur Folge.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 **Breslau Welle 322,6.**

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst

Dienstag, den 22. November 1927: 15.45—16.30: Kinderstunde. — 16.30—18: Lehar—Kalman. — 18: Stunde der Technik. — 18.30: Uebertragung von der deutschen Welle Berlin: Hans Bredow-Schule, Abt. Sprachkurse: Spanisch. — 18.55: Dritter Wetterbericht, anschließend Funkwerbung. — 19—19.30: Abt. Schulwesen. — 19.30—20: Hans Bredow-Schule, Abt. Staatskunde. — 20.10: Staatsschillerpreis 1927. — 21: Violinkonzert Grete Ebeler. Anschließend: Die Abendberichte und Mitteilungen des Verbandes der Funkfreunde Schlesiens e. V.

Warschau — Welle 1111.

Dienstag. 12: Wie vor. 15: Landwirtschaftlicher Bericht. 16: Vorträge. 17,45: Kammermusik. 19: Landwirtschaftlicher Bericht. 19.35: Vortrag. 20.30: Abendkonzert. 22: Tägliche Berichte. 22,30: Tanzmusik.

Wien — Welle 517,2 und 577:

Dienstag. 11: Vormittagskonzert. 16.15: Nachmittagskonzert. 18: Die Palette des Musikers. 18,30: Stunde der Kammern für Arbeiter und Angestellte. 20.05: Streifzug durch die Berliner Operette.

Rom — Welle 450.

Dienstag. 17.30: Vokal- und Instrumentalkonzert. 18.30: Radiotechnischer Vortrag. 18.45: Morse-Telegraphie. 20.30: Uebertragung aus einem Theater. In Pausen: Rezitationen. Letzte Mitteilungen. Anderes Programm: Wie Montag.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Katowice. Am Dienstag, den 22. 11. 1927 findet ein Vortrag von Genossen Okonski über „Historische und materialistische Geschichtsauffassung“ um 7½ Uhr im Hotel Central statt. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Mitglieder der Kulturvereine im Besitz ihrer Karten sein müssen. Im Notfalle genügt die Karte ihres Kulturvereins auf der aber ihre Beitragszahlung für den Bund für Arbeiterbildung vermerkt sein muß.

Bismarckhütte. Dienstag, den 22. November, abends 7½ Uhr, findet im Arbeiterkasino Königshütte, ul. Gimnazjalna (Paschek) ein Vortragsabend statt. Professor Rath spricht über Paneuropa.

Königshütte. Der nächste Vortrag des Bundes am 23. November muß leider infolge wichtiger Gründe ausfallen, und erfolgt der nächste am Mittwoch, den 30. November, zu dem als Referent Genosse Dr. Bloch-Kattowitz erscheint. — Hiervon ersuchen wir die Mitglieder Kenntnis zu nehmen.

Nowy Bytom (Friedenshütte). Am Donnerstag, den 24. November, abends 7 Uhr, findet im Postrachschen Lokal der fällige Vortragsabend des B. f. A. statt. An Stelle des Genossen Buchwald referiert Sejmabgeordneter Genosse Kowoll über ein politisches Thema.

Versammlungskalender

Königshütte. Am Donnerstag, 24. November, abends 7½ Uhr, findet im Büfettzimmer des Volkshauses, an der ulica 3go Maja 6 (Kronprinzenstraße) eine Mitgliederversammlung der D. S. A. P. statt. Als Referent erscheint Genosse Peschka-Kattowitz. Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird ersucht. Gäste willkommen.

Kostuchna. Am Montag, 21. November, nachmittags 7 Uhr, findet im Lokal des Herrn Weiß ein Vortrag des Herrn Turnlehrer Franz über: Die körperliche Erziehung der Frau seit 1925. Zu diesem Vortrag werden hauptsächlich die Frauen gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Vermischte Nachrichten

Ein schöner Mann und zwei Frauen.

Alter schützt bekanntlich nicht vor Torheit, und da die Eifersucht eine Torheit ist, auch nicht vor Eifersucht. Seit einem Vierteljahrhundert sind Madame G. und Madame J., die beide die Fünfzig hinter sich haben, von dieser Torheit in solchem Maße besessen, daß sie sie vor den Richter geführt hat. Vor 25 Jahren war es Madame G. gelungen, den schönen Mann in Ehefesseln zu schlagen, nach dessen Besitz die andere mit heißer Sehnsucht getrachtet hatte und unentwegt weiter trachet, und seitdem gibt es zwischen beiden Frauen keinen Frieden mehr. Vor einiger Zeit begegneten sie einander auf der Straße. Es kam zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf Madame G. ihre Nebenbuhlerin als „Kuh“ und noch als ein anderes Haustier bezeichnete. Obwohl diese Definitionen einander widersprechen und somit aufheben, wollte Madame J. sie dennoch nicht auf sich sitzen lassen und brachte die Sache vors Polizeigericht. Hier gabs eine erregte Auseinandersetzung. „Die Zeugen sind bezahlte Lügner!“ schrie die eine. „Seit 25 Jahren verfolgt sie meinen Mann!“ tobte die andere. „Im Gegenteil, er verfolgt mich!“ Eine Zeugin: „Madame J. hat ihm zugeplinkt!“ „Nicht wahr!“ „Doch! Sie schämen sich nicht, in Ihrem Alter sich so aufzuführen! Sie haben sogar gesagt, Sie würden noch die Scheidung zuwege bringen!“ Dann erschien der umstrittene Monsieur G. vor den Schranken, ein schöner Mann martialischen Aussehens. Er klagte: „Seit 25 Jahren ist sie hinter mir her! Ich habe meinen früheren Wohnsitz aufgeben müssen, aber sie ist mir hierher gefolgt!“ Der Richter: „Ja, haben Sie denn nicht versucht, dieser Verfolgung ein Ende zu machen?“ „Ach, Herr Präsident, wenn ich dieser Person einmal eine gelangt hätte, wie sie es verdient, hätten Sie mich ja eingesponnen! Einmal habe ich versucht, sie loszuwerden. Ich lud sie ein, mit mir einen Schoppen zu trinken.“ Der Richter: „Das ist aber eine merkwürdige Methode!“ „Hören Sie nur weiter, Herr Präsident! Ich führte sie in ein Cafee und bestellte zwei Schoppen. Vorher hatte ich aber meine Tochter in Kenntnis gesetzt. Sie kam und gab ihr ein paar Ohrfeigen.“ Der Richter: „Nun und was geschah dann?“ Der schöne Mann: „Dann wies uns der Wirt hinaus, und während wir gingen, trank Madame J. die beiden Schoppen aus. (Melancholisch): Das war der ganze Erfolg! Seit diesem Tage verfolgt sie mich noch mehr!“ Der Richter konnte nicht umhin, seine Bewunderung für die Zähigkeit der Dame auszusprechen, die für sich ihr Jugendfeuer solange bewahrt hat. Er verurteilte Frau G. zu zwei Franken Strafe, offenbar einen für die „Kuh“ und einen für das andere Haustier. Es unterliegt nicht dem mindesten Zweifel, daß Madame J. ihre Verfolgung fortsetzen wird.